

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

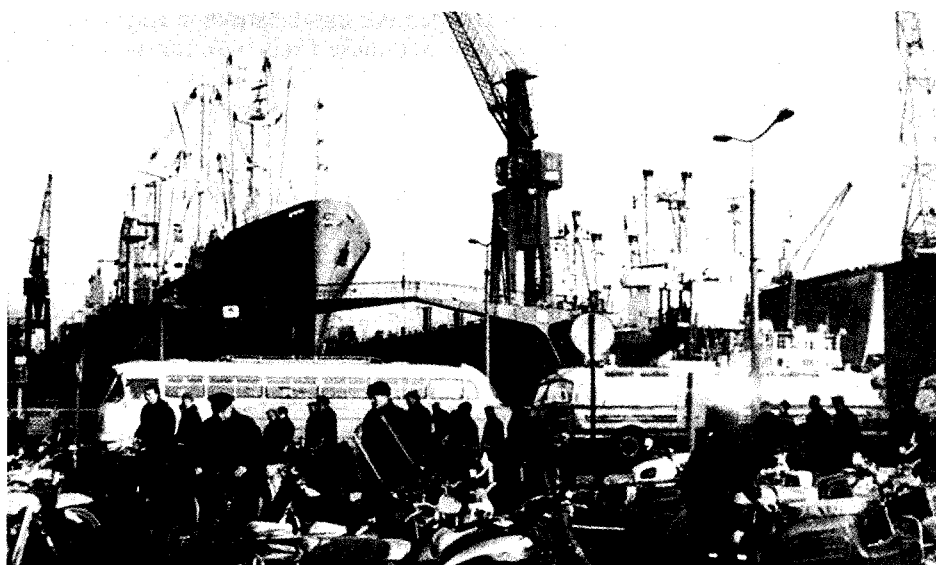
Nr. 179

September 2009

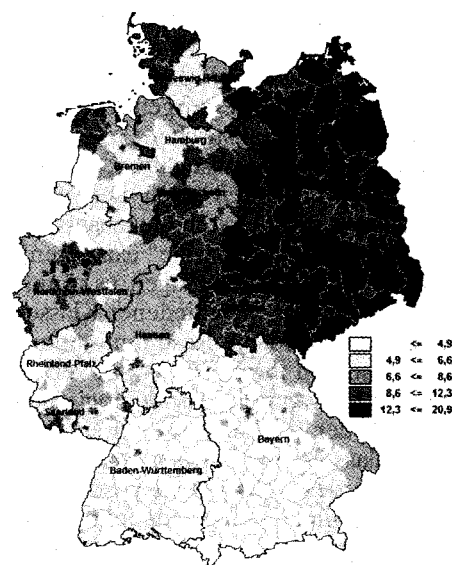
€ 0,50

DDR-Wirtschaft und der Kollaps des Stalinismus

Für internationale sozialistische Planwirtschaft!



Jürgen Sindermann



BfA

Kapitalistische Konterrevolution zerstörte Industrie, Millionen von Existenzen. Links: Schichtwechsel bei Warnow-Werft in Rostock, 1972. Rechts: Karte zeigt „blühende Landschaften“ von Massenarbeitslosigkeit, März 2009

Im Rahmen unserer Artikelreihe zu unserem Kampf gegen die Konterrevolutionen in der DDR, Osteuropa und der Sowjetunion, veröffentlichen wir den ersten Teil einer trotzkistischen Analyse der ökonomischen Probleme der DDR und der revolutionären Antwort auf sie.

Sieht man sich die Situation in Ostdeutschland fast 20 Jahre nach der kapitalistischen Konterrevolution an, kann man nur „Vae victis!“ – „Wehe den Besiegten!“ ausrufen. In den 1980er-Jahren unter den 20 größten Industrienationen, geplagt von chronischem Arbeitskräftemangel, sind die Ex-DDR-Gebiete heute eine deindustrialisierte Wüste, geprägt von Dauermassenarbeitslosigkeit und Hartz-IV-Armut. Stieg die Einwohnerzahl in Westdeutschland seit der Wiedervereinigung um knapp fünf Prozent, so sank sie im Osten um fast 12 Prozent. Über 1,7 Millionen Menschen sind abgewandert – vor allem junge Leute unter 30 Jahren und überproportional viele Frauen. Mit diesen Auswanderern verschwindet die Zukunft: Städte entvölkern sich und ganze Landstriche vergreisen und veröden – das ist die Realität der „blühenden Landschaften“, die 1989/90 der Arbeiterklasse in Ost und West von der deutschen Bourgeoisie verlogen versprochen wurden.

In Osteuropa und den Ländern der ehemaligen Sowjet-

union sieht es noch trostloser aus. In Russland ist die Lebenserwartung von Männern von 64,2 Jahren 1989 auf 59,2 Jahre 2008 gefallen, was dem Stand des zaristischen Russlands entspricht. In ganz Osteuropa wurde ein Großteil der Industrie vernichtet, in Russland sank das Bruttosozialprodukt von 1991 bis 1997 um 80 Prozent, Investitionen um 90 Prozent und Mitte der 90er-Jahre lebten 40 Prozent der Bevölkerung unterhalb, 35 Prozent knapp über der offiziellen Armutsgrenze – Millionen hungerten. Geprägt von hoher Arbeitslosigkeit und Armut dienen diese Länder heute den imperialistischen Bourgeoisien als Reservoir gut ausgebildeter, billiger Arbeitskräfte und im Falle Russlands besonders als Rohstofflieferant. Unterdessen erlebt die Arbeiterklasse in ganz Westeuropa massive Angriffe auf ihren Lebensstandard, seit die Bourgeoisien ihrer Länder sich nicht mehr gezwungen sehen, mit den sozialen Errungenschaften von Osteuropa und Sowjetunion zu konkurrieren.

Für einen Aufschrei sorgte letztes Jahr eine Befragung von 5200 Schülern in Ost- und Westdeutschland, was sie über die DDR denken. Ein Ergebnis war: „Die Schüler lobten vor allem die SED-Sozialpolitik in ihren verschiedenen Facetten. Nur gut 30 % in den westlichen und sogar nur

Fortgesetzt auf Seite 12

Bürgerliche Demokratie oder proletarische Diktatur



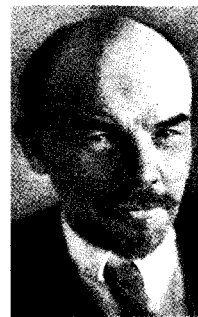
TROTZKI

Der I. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Komintern) fand in Moskau vom 2. bis 6. März 1919 statt, mitten im Bürgerkrieg, in dem die aus der Oktoberrevolution 1917 hervorgegangene Sowjetrepublik ums nackte Überleben kämpfte. Die wichtigste Aufgabe des Kongresses war der Kampf zur Schmiedung einer neuen, revolutionären Internationale nach dem schändlichen Zusammenbruch der Zweiten Internationale am 4. August 1914, als die SPD, die führende Sektion der Zweiten Internationale, den imperialistischen Kriegskrediten ihrer Bourgeoisie zustimmte. Die Hauptresolution des Kongresses „Richtlinien der Kommunistischen Internationale“ betonte die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, notwendiges Instrument der siegreichen revolutionären Arbeiterklasse, um den Widerstand der kapitalistischen und anderen ausbeutenden Klassen niederzuhalten und den Übergang zum Sozialismus zu ermöglichen. Dies hatte die Pariser Kommune 1871 und die Oktoberrevolution 1917 bewiesen. Insbesondere treffend angesichts des sich alle paar Jahre wiederholenden Theaters bürgerlicher Parla-

mentswahlen sind die Teile der Hauptresolution zur bürgerlichen Demokratie, die nichts anderes als die Diktatur der Bourgeoisie, und zu deren Antithese, der proletarischen Diktatur. Es folgen Auszüge aus dem Referat von Bucharin vom 3. März 1919.

Wenn wir die Frage der bürgerlichen Demokratie oder der Diktatur des Proletariats betrachten, so ist als das wichtigste dabei zu erwähnen, dass die bürgerliche Demokratie erstens in der Wirklichkeit nichts anderes als Diktatur der Bourgeoisie bedeutet, und zweitens, dass sie sich vollständig auf eine Fiktion stützt, nämlich auf die Fiktion des sogenannten „Volkswillens“... Aber in Wirklichkeit ist dieser Volkswille ein Unsinn. Die kapitalistische Gesellschaft ist keineswegs irgendein geschlossenes Ganzes. Es gibt in der kapitalistischen Gesellschaft nämlich nicht eine, sondern *zwei* Gesellschaften. Zu dem Willen der ausbeutenden Minderheit steht der Wille der ausgebeuteten Mehrheit im stärksten Gegensatz, und deshalb kann kein einheitlicher „Volkswille“ existieren, der alle Klassen umfasst. Man kann nicht sagen, es könnte doch eine Resultante des Willens verschiedener Klassen geben; in Wirklichkeit ist eine solche Resultante unmöglich, da eine Klasse der anderen ihren Willen mit verschiedenen Mitteln der rohen Gewalt oder des ideologischen Betrugs aufzwingen will. In der Tat dominiert nur ein Wille, und es ist kein Zufall, dass gerade bei der bürgerlichen Demokratie diese Fiktion des Volkswillens besonders in den Vordergrund gestellt wird. Gerade in der bürgerlichen Demokratie ist es klar, dass nur der Wille der Bourgeoisie sich verwirklicht und nicht der Wille des Proletariats, der unter der bürgerlichen Demokratie vielmehr vollständig unterdrückt ist.

Der zweite Grundgedanke der Richtlinien ist die Anti-



LENIN

these zwischen der formellen Freiheit in der bürgerlichen Demokratie und der materiellen Verwirklichung der Freiheit durch die proletarische Diktatur. Die erstere verkündet verschiedene Freiheiten für das ganze Volk, also auch für die werktätigen Klassen, aber solange sich die materielle Basis in den Händen der kapitalistischen Klasse konzentriert hat, solange sind diese Freiheiten für die Arbeiterschaft nicht realisierbar. Die Situation ist ähnlich wie bei der Pressfreiheit in den Vereinigten Staaten: Die amerikanische Zensur verbot die proletarischen Zeitungen nicht, aber sie weigerte sich, sie durch die Post zu verbreiten. In der Tat war also das formelle Bestehen dieser Pressfreiheit für das Proletariat bedeutungslos. Ebenso ist es mit allen Freiheiten unter der bürgerlichen Demokratie. Da die Bourgeoisie die Häuser, das Papier, die Druckereien, kurz alles in ihrem Besitz hat, so kann das Proletariat formell über verschiedene Freiheiten verfügen, ist aber außerstande sie zu realisieren. Umgekehrt ist es bei der proletarischen Diktatur. Da ist kein großes Gerede über verschiedene Freiheiten. Wir garantieren die Realisation dieser Freiheiten damit, dass wir die materielle Basis der kapitalistischen Gesellschaft, das Eigentum, die materiellen Mittel der Bourgeoisie wegnehmen, um sie den Arbeitern, den armen Bauern, d. h. dem wirklichen Volk, zu übergeben.

Der I. Kongress der Kommunistischen Internationale, Protokoll der Verhandlungen in Moskau (1921)

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler, Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Jörg Steenrod, Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiterin: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,

Postfach 2 35 55, 10127 Berlin

E-Mail: spartakist@online.de

Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde GmbH,
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin

ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. August 2009

Nr. 179

September 2009

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

The Man in the Mirror

Michael Jackson und der rassistische US-Kapitalismus

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 940, 31. Juli, Zeitung der Spartacist League/U.S.

Am 25. Juni starb Michael Jackson, schwarzer Megastar und Musikidol, in seinem Haus in Los Angeles. Der „König des Pop“, wie er jahrzehntelang auch genannt wurde, war einer der erfolgreichsten Musiker aller Zeiten und war auf der ganzen Welt außerordentlich beliebt. Nach seinem Tod kam es zu spontanen Zusammenkünften von Fans, die in Harlem zu seiner Musik tanzten und den „Moonwalk“ aufführten oder in so entfernten Orten wie Mexiko-Stadt, Hongkong und Paris Ehrungen abhielten. Der Bürgermeister von Rio de Janeiro kündigte die Errichtung einer Michael-Jackson-Statue in den Slums an, wo dieser eines seiner Videos zu „They Don't Care About Us“ gedreht hatte. In Algier führten Hunderte von Sängern und Tänzern aus allen Teilen des afrikanischen Kontinents „Blame It on the Boogie“ der Jackson Five auf.

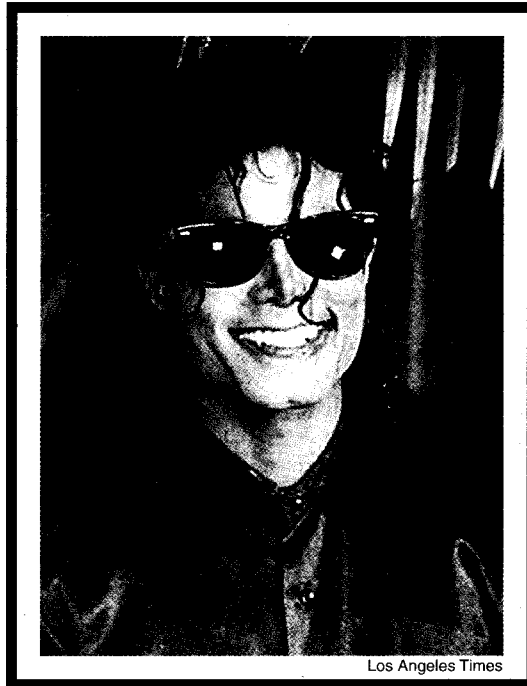
Das Tragische an Jacksons Tod ist, dass eine äußerst einflussreiche Musikerkarriere durch eine über ein Jahrzehnt andauernde schonungslos rassistische und puritanische Hexenjagd fast zerstört wurde. Die Massenhysterie, die gegen Jackson unter der Beschuldigung des „Kindesmissbrauchs“ entfesselt worden war, ist ein Armutszeugnis dieser sexfeindlichen, bigotten kapitalistischen Gesellschaft, in der die Tatsache, dass jemand ein exzentrischer, prominenter Schwarzer ist, dem Staat genügt, um ihm irgendetwas anzuhängen. Die atemberaubende Heuchelei der bürgerlichen Medien – die Jackson zu Lebzeiten als „Pädophilen“ verfolgten und zum Sündenbock stempelten, selbst als er von allen Anklagen freigesprochen worden war, dann aber, nach seinem Tode, nur so in Bewunderung und Anerkennung schwelgten – wurde in einem Artikel in der *Los Angeles Times* (27. Juni) aufs Korn genommen: „Die Boulevardpresse, die ihn gnadenlos gehetzt hatte und ihn wegen seiner Launenhaftigkeit, seines zunehmend befremdlichen Aussehens und wegen Beschuldigungen des Kindesmissbrauchs ‚Wacko Jacko‘ [der verrückte Jacko] genannt hatte, überschlug sich plötzlich mit Lobpreisungen für einen Mann, der ‚den Soundtrack für eine Milliarde Menschen geschrieben hat‘.“

Opfer einer rassistischen Hetzkampagne

Während seiner im grellen Licht der Öffentlichkeit stattfindenden Karriere – begonnen im Alter von nur elf Jahren als Leadsänger der Jackson Five bei Motown Records bis

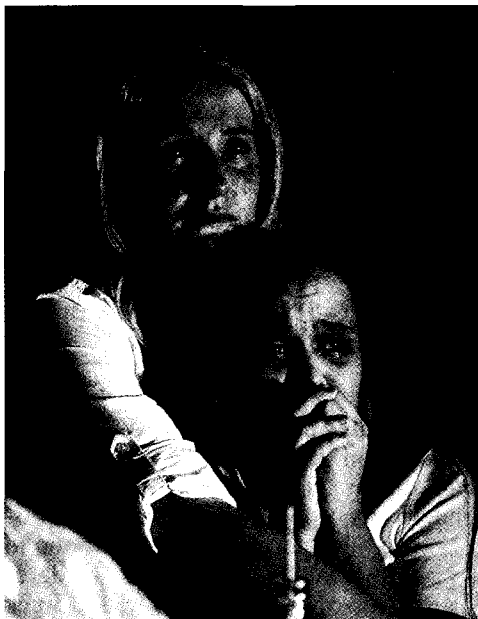
hin zu seiner Solokarriere als Songschreiber, Musiker und Darsteller bis zum Alter von schließlich 50 Jahren – war Michael Jackson nicht nur für sein Talent und seine Vielseitigkeit berühmt, sondern auch dafür, dass er sowohl Rassen- als auch sexuelle Identitäten in Frage stellte. Im Geiste anderer „Crossover“-Künstler wie Chuck Berry – der als einer der ersten Künstler vor einem multirassistischen Publikum auftrat – war Jackson dafür bekannt, Rassenschranken niederzureißen, und erhielt als erster Schwarzer reichlich Sendezeit bei MTV.

Doch die „unverzeihliche“ Rassenschranke, die er niederzureißen versuchte, war sein Aussehen. Ob infolge von Vitiligo [Pigmentstörung] oder durch Hautaufhellung, Tatsache ist, dass seine allmähliche „Weißwerdung“ und seine plastischen Operationen nichts dazu beitrugen, ihn in den Augen des rassistischen Amerika weniger schwarz erscheinen zu lassen – eine verzerrte Bestätigung des Wesens der Unterdrückung der Schwarzen als einer durch ihre Hautfarbe definierten Kaste. Kein Geld der Welt, kein



Wechsel des „rassischen“ Erscheinungsbildes kann etwas an der Tatsache ändern, dass das kapitalistische Amerika sicherstellen wird, einen von Geburt her Schwarzen in seine Schranken zu weisen. In einem Land, in dem die weiße Herrenmenscheneideologie von der „Reinheit“ der Rasse zu der „Ein-Tropfen-schwarzes-Blut“-Regel führte, wurde Jacksons körperliche Verwandlung zu einem Vergehen, das ihm die bürgerlichen Medien und die „öffentliche Meinung“ nicht durchgehen lassen würden.

Es gibt eine echte Verbundenheit zwischen Schwarzen und jemandem, der sich, egal was er tat, immer nach den Erwartungen dieser Gesellschaft richten musste, wie ein Schwarzer aussehen sollte, wie er sich zu benehmen und mit wem er zu schlafen habe. Selbst im Tod wird dieser ungeheuer talentierte und eigentümliche Mann noch mit Schmutz beworfen, während die meisten Schwarzen ihm entschlossen zur Seite springen. In den letzten paar Wochen kam es nicht selten vor, dass Fernseh- und Radiokommentatoren fragten, weshalb sich Schwarze mit Michael Jackson identifizieren, wo er doch „weiß aussah“. Das fanatische Ekelpaket, Fox-News-Kommentator Bill O'Reilly, eiferte sich in seiner Show *The O'Reilly Factor* über Schwarze, die Jackson für einen der ihren ansehen, obwohl er weiß aussah und „sich dafür entschieden habe, weiße Kinder zu haben“. In echter O'Reilly-Manier war dies ein beißendes



DDP AP
Anteilnahme rund um die Welt. Links: Kölner Fans verfolgen unter Tränen die Übertragung der Trauerfeier, 7. Juli. Rechts: Fans singen und tanzen zur Musik Michael Jacksons bei einer Ehrung in Harlem, 30. Juni

und unverfälschtes Zeugnis der amerikanischen bürgerlichen Psyche.

Rasse und Sex in Amerika

Wie wir in unserem Artikel „Stoppt die Hexenjagd gegen Michael Jackson!“ (*Spartakist* Nr. 154, Frühjahr 2004) erklärten: „Im Fall von Jackson treffen offene Anti-Schwulen-Hetze, reaktionäre, staatlich erzwungene Stigmatisierung von Sex zwischen den Generationen und rassistische Vorurteile aufeinander.“ Die hochgradige Diffamierung Michael Jacksons diene dem Zweck der Bourgeoisie, Hysterie über Rasse und Sexualität hochzupeitschen, was nur allzu gebräuchlich ist in einem Land, in dem man Schwarzen (ob berühmt oder nicht) häufig erfundene Anklagen mit sexuellem Bezug anhängt. Im Jahre 1913 wurde der schwarze Boxer Jack Johnson inhaftiert, weil seine Beziehungen zu weißen Frauen als Verletzung des Mann Acts gegen die Beförderung von Frauen „zu unmoralischen Zwecken“ über

Bundesstaatsgrenzen hinweg angesehen wurden. Im Jahre 1960 wurde der schwarze Rock'n'Roll-Künstler Chuck Berry ebenfalls aufgrund des Mann Acts verurteilt, wegen der Beförderung einer Minderjährigen über Staatsgrenzen hinweg. In jüngerer Vergangenheit wurde der Rhythm & Blues-Sänger R. Kelly aufgrund von Anklagen mit sexuellem Bezug durch die Gerichte gezerzt. Besessenheit mit der Sexualität des schwarzen Mannes ist ein roter Faden, der sich durch die amerikanische Kultur zieht und der lange als Rechtfertigung von Lynchjustizterror diene.

Viele Persönlichkeiten des schwarzen Establishments, die normalerweise um einen strittigen „Sex“-Fall einen weiten Bogen machen würden, fühlten sich verpflichtet, für Michael Jackson Stellung zu beziehen. Am Tag nach Jacksons Tod ersuchten die schwarzen Abgeordneten Jesse Jackson Jr. und Diane Watson das Repräsentantenhaus um eine Schweigeminute zum Gedenken an Michael Jackson, worauf mindestens ein Kongressmitglied unter Protest den Saal verließ. Als die demokratische Abgeordnete Sheila Jackson Lee eine Resolution einbrachte, die Jackson „eine amerikanische Legende, ein musikalisches Idol und einen Vertreter des Humanitätsgedankens von Weltrang“ nannte, wurde sie prompt von der Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi abgewürgt, zur Freude des republikanischen Abgeordneten Peter King. Niederträchtigerweise nannte King die Medienberichterstattung über Jacksons Tod eine „Orgie“ und zog in einem YouTube-Beitrag über Jackson als „Pädophilen“ und „Perversen“ her.

Michael Jackson war das Opfer einer verkommenen Gesellschaftsordnung mit einem verdorbenen und grausamen „Moral“-begriff. Und all diese Politiker – ob Schwarze oder Weiße, Demokraten oder Republikaner – sind entschiedene Verfechter genau dieser Gesellschaftsordnung, d.h. des amerikanischen Kapitalismus.

Amerikas puritanische Wertvorstellungen

Als Michael Jackson aufgrund von Beschuldigungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern zweimal durch die Gerichte geschleift wurde, verteidigten wir ihn während seiner juristischen Schwierigkeiten. Die Prozesse basierten auf Gerüchten, widersprüchlichen Zeugenaussagen und einem völligen Fehlen objektiver Beweise. Wie wir in „Michael Jackson Defeats Racist, Anti-Sex Vendetta“ (*Workers Vanguard*

Spartakist-Jugend

Stoppt die Hexenjagd gegen Michael Jackson!



16. Januar: Michael Jackson verurteilt in Beziehung zum Kindesmissbrauch...
18. Januar: Michael Jackson verurteilt in Beziehung zum Kindesmissbrauch...
19. Januar: Michael Jackson verurteilt in Beziehung zum Kindesmissbrauch...
20. Januar: Michael Jackson verurteilt in Beziehung zum Kindesmissbrauch...
21. Januar: Michael Jackson verurteilt in Beziehung zum Kindesmissbrauch...
22. Januar: Michael Jackson verurteilt in Beziehung zum Kindesmissbrauch...
23. Januar: Michael Jackson verurteilt in Beziehung zum Kindesmissbrauch...
24. Januar: Michael Jackson verurteilt in Beziehung zum Kindesmissbrauch...
25. Januar: Michael Jackson verurteilt in Beziehung zum Kindesmissbrauch...
26. Januar: Michael Jackson verurteilt in Beziehung zum Kindesmissbrauch...
27. Januar: Michael Jackson verurteilt in Beziehung zum Kindesmissbrauch...
28. Januar: Michael Jackson verurteilt in Beziehung zum Kindesmissbrauch...
29. Januar: Michael Jackson verurteilt in Beziehung zum Kindesmissbrauch...
30. Januar: Michael Jackson verurteilt in Beziehung zum Kindesmissbrauch...
31. Januar: Michael Jackson verurteilt in Beziehung zum Kindesmissbrauch...

SPARTAKIST

zurückliegende
Ausgaben erhältlich:

Nr. 154, Frühjahr 2004
(oben)

Nr. 158, Frühjahr 2005
Polemik gegen die SAV

jeweils € 0,50

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin
Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01

Nr. 851, 8. Juli 2005) erklärten:

„Jackson bleibt unerschütterlich dabei, dass seine Beziehungen zu Jungen asexueller Natur waren, was sicherlich möglich ist – doch für uns ist das irrelevant. Die staatliche Hexenjagd gegen Jackson basierte auf sexualfeindlichen Gesetzen, die wir aus Prinzip ablehnen...

Sex ist eine natürliche menschliche Aktivität – selbst bei Kindern. Wir glauben, dass bei jeglicher Art sexueller Beziehung das leitende Prinzip ein tatsächliches gegenseitiges Einverständnis sein sollte ungeachtet des Alters, des Geschlechts oder der Rasse. Das bedeutet: Wenn die Beteiligten das, was auch immer sie tun wollen, tatsächlich verstehen und wünschen, sollte es damit sein Bewenden haben. Wir sind gegen die willkürliche und reaktionäre Einmischung des Staates in solch intime Angelegenheiten.“

Unsere unerschütterliche Verteidigung der Privatsphäre und der sexuellen Freiheit, im allgemeinen und speziell im Fall Michael Jacksons, hat uns die Verachtung der Liberalen und der reformistischen Linken eingebracht, die ihren Spaß daran haben, sich als „Moralpolizei“ aufzuspielen, wenn es um sexuelle Dinge geht. Das drastischste Beispiel hierfür lieferte die Sozialistische Alternative (SAV) – die Schwestergruppe der Socialist Alternative in den USA und wie diese Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale von Peter Taaffe –, als sie unsere Genossen in Deutschland von ihrer Veranstaltung „Sozialismustage“ ausschloss (siehe „SAV: Kein Sex, kein Spaß, kein Spartakist!“, *Spartakist* Nr. 158, Frühjahr 2005). Für die Taaffe-Leute hat alles, was nicht mit den chauvinistischen und repressiven Wertvorstellungen der bürgerlichen Gesellschaft konform geht, politische Zensur verdient. In unverschämter Weise verleumdete die Taaffe-Leute unsere Position im Michael-

Jackson-Fall als „Verteidigung von Vergewaltigern“ und „Relativierung von Kindesmissbrauch“! Ob offen oder unterschwellig, ein Großteil der Linken machte im Jackson-Fall mit Freude bei der Kampagne „sonderbar bedeutet schuldig“ mit und zeigte so, dass sie prude bürgerliche Moralvorstellungen und eine grundlegende Loyalität zur gegenwärtigen Gesellschaftsordnung verinnerlicht haben.

Michael Jacksons Sexualleben ging niemanden etwas an außer ihn selbst. Doch genauso wie die zahllosen Menschen in diesem Land, die als „Sexualstraftäter“ gebrandmarkt werden, obwohl sie kein Verbrechen begangen und niemandem etwas zuleide getan haben, und denen durch bürgerliche Gesetze und Medienhysterie das Leben zur Hölle gemacht wird, hatte Jackson den Versuchen der Bourgeoisie standzuhalten, ihn aufgrund falscher Beschuldigungen zu verurteilen, weil er nicht den Normen dieser Gesellschaft entsprach. Heute, nach seinem Tod, sind die Medien voll von Diskussionen über seine Finanzen, das Sorgerecht für seine Kinder und die Razzia in der Praxis seines Arztes wegen Totschlagverdachts.

Der schwarze Demokrat Al Sharpton ist ein politischer Gauner, der sich darauf spezialisiert hat, die Wut der Schwarzen über rassistische Ungerechtigkeiten in Unterstützung für die Demokratische Partei umzumünzen. Doch bei Jacksons aufwendiger, prächtiger und ergreifender Trauerfeier hatte er einen aufrichtigen Moment, als er sagte: „Ich will, dass seine drei Kinder wissen, an eurem Daddy war nichts Befremdliches. Es war befremdlich, was er zu ertragen hatte.“ Dass der hochtalentierte Michael Jackson zu einer der größten Skandalquellen und einem der häufigsten Angriffsziele in der Unterhaltungsbranche wurde, ist kein Hinweis auf sein Leben, sondern auf die kranke Gesellschaft, in der er lebte. ■

Spartakist-Abokampagne 2009

Quoten der Abokampagne 2009

Berlin	100
Hamburg	80
Auf Entfernung	10
Gesamt	190

- Jahresabo (6 Ausgaben): € 4,-
 - Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

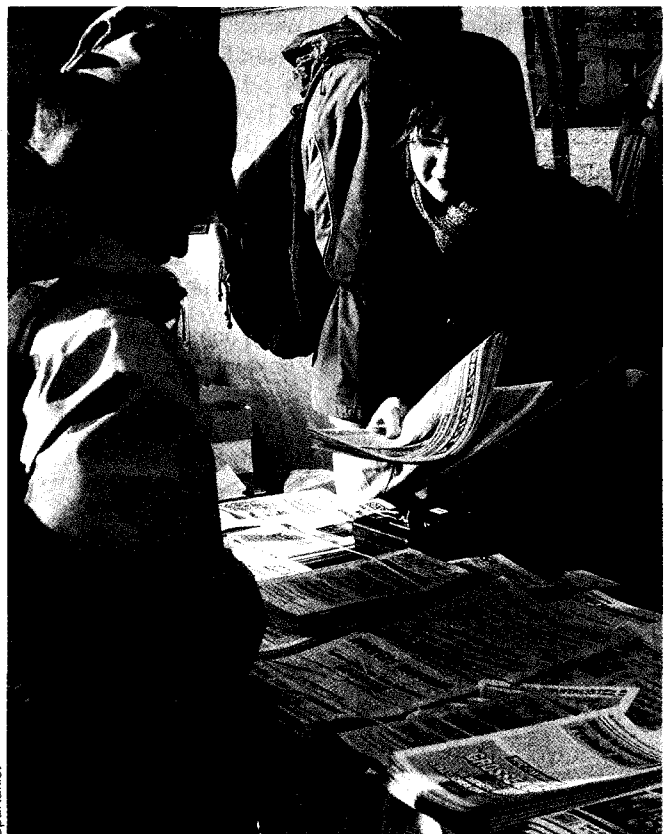
Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF



Spartakist

Lynchjournalismus des „Spiegel“

Mumia ist unschuldig: Freiheit, sofort!

Mumia Abu-Jamal, ein unschuldiger Mann, ist ein ehemaliger Sprecher der Black Panther Party und ein Unterstützer der Organisation MOVE aus Philadelphia. Gegen ihn wurden abgekartete Anklagen erhoben, er habe im Dezember 1981 den Polizisten Daniel Faulkner in Philadelphia getötet, und aufgrund dieser falschen Anklagen wurde er zum Tode verurteilt. Das Leben von Mumia ist zunehmend in Gefahr. Am 6. April lehnte das Oberste Gericht der USA im Schnellverfahren ohne Kommentar Mumias Antrag ab, die abgekartete Verurteilung aufzuheben. Und das Gericht hat noch nicht über den Berufungsantrag des Bezirksstaatsanwalts von Philadelphia entschieden, der die Wiedereinsetzung der Todesstrafe fordert, die 2001 von William Yohn, Richter am US-Bundesbezirksgericht, kassiert worden war. Sollte das Oberste Gericht zugunsten des Antrags des Bezirksstaatsanwalts entscheiden, würde Mumia der Todeskammer ein großes Stück näher kommen.

Mit dem Artikel „Die Feuer der Hölle“ in der Ausgabe vom 24. August hilft *Der Spiegel* die Hinrichtung vorzubereiten. Dieses hetzerische Machwerk unterstützt die abgekartete Verurteilung und soll die „öffentliche Meinung“ in Europa auf die Todesstrafe vorbereiten. Der rechte Radiokommentator Michael Smerconish lobte den Artikel prompt als möglichen „Wendepunkt“ in der Kampagne, Mumia umzubringen: „Nach fast drei Jahrzehnten läuft Abu-Jamal nun endlich Gefahr, seine Zeit vor den US-Gerichten aufzubringen. Es ist zu hoffen, dass auch das sonst befängene europäische Publikum aufhört, einem Polizistenmörder gefällig zu sein“ (www.philly.com, 27. August).

Das überrascht nicht, da der *Spiegel*-Artikel haufenweise Lügen aus dem Buch *Murdered by Mumia* verbreitet, das Smerconish gemeinsam mit der Witwe Maureen Faulkner verfasst hat. Im Faktenblatt des Partisan Defense Committee (PDC) „*Murdered by Mumia: Grosse Lüge im Dienste des staatlichen Lynchmords*“ wird dieses Traktat detailliert widerlegt. Das PDC-Faktenblatt entlarvt die Behauptungen, die der *Spiegel* als „Beweise“ wiederkaut, um Mumia als „Polizistenmörder“ hinzustellen, als bloße Mythen. So zitiert der Hetzartikel des *Spiegel* als unwiderlegbaren Beweis die Zeugenaus-



sage von Robert Chobert, einem „Augenzeugen“ der Anklage, der aussagte, er habe Mumia auf Faulkner schießen sehen. Doch wie im Faktenblatt klar gestellt wird, hat Chobert 1995 zugegeben, dass er die Schießerei nie gesehen hat. Außerdem hatte er sein Taxi nicht, wie er behauptete, hinter Faulkners Polizeiwagen geparkt; das zeigen Fotos vom Tatort, die in dieser Nacht aufgenommen wurden. Mehrmals hat Chobert später seine Darstellung geändert. Er war damals mit einem gesperrten Führerschein gefahren, da er auf Bewährung war, weil er sich hatte anheuern lassen, einen Molotow-Cocktail

in eine Schule zu werfen. So gab Chobert 1995 zu, von der Staatsanwaltschaft für seine Zeugenaussage beim Prozess von 1982 insgeheim Vergünstigungen erhalten zu haben.

Unsere Genossen des PDC kämpfen seit über 20 Jahren für Mumias Sache, auch durch das Aufdecken von Unschuldsbeweisen, die die Lügen von Polizei und Staatsanwaltschaft widerlegen und den Umfang dieses rassistischen Komplotts bloßlegen. Die Broschüre *Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal*, auf Deutsch herausgegeben vom Komitee für soziale Verteidigung, ist eine umfassende Darstellung dieses Komplotts. Die darin enthaltenen Erklärungen von Mumia und seinem Bruder entlarven die Behauptung des *Spiegel* als Lüge, Mumia habe „auch den Richtern nie erzählt, was in dieser Nacht geschah“. In Wirklichkeit hat sich ein Richter nach dem anderen geweigert, diese Erklärungen oder die Berge an Beweisen für Mumias Unschuld auch nur zu berücksichtigen, wie auch das Geständnis von Arnold Beverly, dass er und nicht Mumia den Polizisten Faulkner getötet habe.

Reformisten und Liberale haben den Kampf für Mumias Freiheit jahrelang dem Vertrauen in die kapitalistischen Gerichte und den Forderungen nach einem „neuen“, „fairen“ Prozess untergeordnet und dafür die überwältigenden Beweise für das staatliche Komplott heruntergespielt oder direkt zurückgewiesen. Beim Kongress der schwarzen Bürgerrechtsorganisation NAACP im Juli wurde das Banner „Obama & Holder we need you now! Free Mumia“ erhoben – ein schamloser Appell an den Oberkommandierenden des US-Imperialismus. Eine Petition an Obamas Oberbullen, Staatsanwalt Eric Holder, wurde von der Gruppe International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal und anderen in den USA veröffentlicht. Appelle an Obama sind umso grotesker, da Obama die Todesstrafe befürwortet. Smerconish sieht Obama als Verbündeten gegen Mumia. Smerconish war nach einem Interview, in dem er Obama zu Mumias Fall befragte, einer von vielen Republikanern, die Obamas Präsidentschaftskampagne unterstützten. Smerconish berichtet in einer Kolumne in der *Philadelphia Daily News* vom 20. August, dass Obama sagte, er sei mit den Einzelheiten nicht vertraut, und: „Lassen Sie mich also nur ein ganz klares Prinzip darlegen: Wenn jemand einen Polizisten getötet hat, verdient er meiner Meinung nach die Todesstrafe oder lebenslange Haft“, sagte er mir. Recht hat er.“

Mumias Fall berührt den Kern der rassistischen Unterdrückung der Schwarzen, die für den Bestand des amerikanischen Kapitalismus grundlegend ist. Das ganze Komplott bestätigt, dass der Kampf für Mumias Freiheit auf klassenkämpferischer Gegnerschaft zum rassistischen kapitalistischen System der USA aufbauen muss. **Freiheit für Mumia, sofort! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!** ■

Publikationen des Komitees für soziale Verteidigung

Komitee für soziale Verteidigung KfsV
Verteidigung von Fälschern und Angeklagten im Gesamtinteresse der arbeitenden Massen

Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal

Komitee für soziale Verteidigung KfsV
Verteidigung von Fälschern und Angeklagten im Gesamtinteresse der arbeitenden Massen

Mumia ist unschuldig!
Freiheit jetzt!

Proteste kontern Kampagne für Hinrichtung
Siehe Seite 2

Erklärung von Mumia Abu-Jamal
Siehe Seite 4

PDC-Faktenblatt

GROSSE LÜGE
IM DIENSTE DES
STAATLICHEN LYNCHMORDS

Siehe Seite 5

Broschüre (60 S.) € 1,-
Faktenblatt (12 S.) € 0,20

Bestellt bei:
KfsV, c/o Werner Brand,
Postfach 21 07 50, 10507 Berlin
E-Mail: kfsv@online.de
www.partisandefense.org

Bankverbindung:
Werner Brand,
Commerzbank Berlin,
Konto-Nr. 590 109 500,
BLZ 100 400 00

Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei.

Wahlen 2009: Nichts zu wählen für Arbeiter, Unterdrückte!

SPD/LINKE: Krisenberater für deutschen Imperialismus

„Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll – das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus“, so Lenin in *Staat und Revolution* (1917). Diese knappe Charakterisierung der bürgerlichen „Demokratie“ ist so aktuell wie eh und je. Heutzutage übernimmt in Europa oft ein Mitglied der Sozialdemokratie diese Aufgabe im Sold der Bourgeoisie. Die Bundestagswahlen am 27. September finden während der größten Weltwirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren statt. Die Wahlen sollen die nächste Regierung legitimieren, die, wie immer sie zusammengesetzt ist, die Angriffe auf die Arbeiterklasse um ein Vielfaches fortsetzen wird. Denn ihre Aufgabe ist es, den Kapitalisten trotz Krise zu ermöglichen, ihre Profite einzustreichen und sich gegen ihre imperialistischen Konkurrenten zu behaupten. Bei diesen Wahlen gibt es für die Arbeiter nichts zu wählen – keine Partei gibt auch nur vor, für die unabhängigen Interessen der Arbeiterklasse zu kandidieren. Wir stellen der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie, für die die Führungen von SPD und Linkspartei und die mit ihnen verbandelten Gewerkschaftsführer stehen, unsere Perspektive entgegen: der Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei, die fähig ist, die multiethnische Arbeiterklasse in einer sozialistischen Revolution zu führen. Das Privateigentum an Produktionsmitteln muss den Kapitalisten entrissen und durch eine geplante Wirtschaft ersetzt werden, geführt durch Arbeiterräte im Interesse aller arbeitenden Menschen.

„Sozialstaat“-Wahlpropaganda der Linkspartei entwaffnet Arbeiter

Die Unterstützung für die SPD hat einen historischen Tiefpunkt erreicht, Wahlprognosen dümpeln bei knapp über 20 Prozent. Als bürgerliche Arbeiterpartei – Basis in der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften, Führung mit bürgerlichem Programm – hatte sie für die Bourgeoisie zeitweise einen besonderen Wert als Regierungspartei, weil sie es besser als bürgerliche Parteien vermochte, ihrer Basis die Angriffe der Kapitalisten reinzuwürgen. 1998 bis 2005 griff die SPD/Grünen-Regierung an allen Fronten Löhne und Sozialleistungen an, peitschte die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 durch. Auch der erste Kriegseinsatz der Bundeswehr seit der Zerschlagung von Nazideutschland durch die sowjetische Rote Armee fand 1999 auf dem Balkan unter der SPD/Grünen-Regierung statt.

Schon 2005 schaffte es der damalige SPD-Bundeskanzler Schröder nur durch eine heuchlerische massive Mobilisierung gegen die offen arbeiterrindlichen Wirtschaftspläne der CDU, zumindest Ministerposten für die SPD zu ergattern. Heute geht gar nichts mehr. Zuviel Unmut und Wut hat sich in der Arbeiterbasis der SPD angestaut über noch



Ute Grabowsky/Photothek

SPD-Kandidat Steinmeier vor Opel-Arbeitern in Rüsselsheim. Märschen von „Vollbeschäftigung bis 2020“ soll Arbeiter einseifen

weitergehende Angriffe der SPD/CDU-Koalition in den letzten vier Jahren. Die SPD/Grünen-Regierung hatte nach dem 11. September 2001 den rassistischen „Krieg gegen den Terror“ von US-Präsident Bush aufgegriffen und startete Rasterfahndungen, Abschiebungen und Repressionen gegen Immigranten muslimischen Hintergrunds oder arabischer Abstammung in riesigem Ausmaß, was die Große Koalition unter Innenminister Schäuble noch weiter verschärfte. SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier war als Kanzleramtschef unter Rot/Grün persönlich verantwortlich für die Entscheidungen (und späteren Vertuschungsversuche) des deutschen Imperialismus über das Schicksal von Murat Kurmaz, Khaled El-Masri und wer weiß welche anderer Menschen muslimischer Herkunft noch, die die deutsche und die US-Regierung als „Terrorverdächtige“ brandmarkten und „verschwinden“ lassen wollten (siehe „Steinmeier, Sozialdemokratie und der rassistische ‚Krieg gegen den Terror‘“, *Spartakist* Nr. 166, Frühjahr 2007).

Diese Regierungskampagne ermutigt immer wieder Nazi-Terror auf den Straßen. Am 1. Mai griffen in Dortmund Faschisten direkt das kurdisch-türkische Kontingent der DGB-Demo an, die Bullen verprügelten einen Gewerkschafter, der sich zusammen mit seinen Kollegen dagegen verteidigte. Am 1. Juli ermordete in einem Dresdner Gerichtssaal ein Rassist die Ägypterin Marwa El-Sherbini, die er vorher als „Terroristin“ und „Islamistin“ beschimpft hatte. Und ein Polizist schoss auf den ägyptischen Ehemann der Frau, den er „für den Angreifer hielt“ (tagesspiegel.de, 8. Juli). Die multiethnische Arbeiterklasse mit ihrem strategischen Bestandteil an türkischen und kurdischen Immigranten muss gegen diese rassistischen Angriffe

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!



de.wikipedia.org

Dresden, 17. Juli: Gedenkfeier für Marwa El-Sherbini, im Gerichtssaal von Rassist ermordet

mobilisiert werden. Weg mit den Anti-Terror-Gesetzen! Stoppt die Abschiebungen durch Gewerkschaftsaktionen! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!

Die Linkspartei, die zweite bürgerliche Arbeiterpartei in diesem Land, die im Zuge der Krise der SPD 2007 durch einen Zusammenschluss von WASG und PDS entstand, versucht aus dem Niedergang der SPD zu profitieren. „Weg mit Hartz 4“ fordert das Wahlprogramm der LINKEN, und Klaus Ernst intonierte im Bundestag: „Wir werden die Bundestagswahl zur Volksabstimmung über die Rente mit 67 machen“ (Rede, 3. Juli). Im Wesentlichen fordert die LINKE einfach das Rückgängigmachen einiger Schweinereien, die in den letzten drei Regierungsperioden durch oder mit der SPD durchgedrückt wurden. „Es geht hier um die Wiederherstellung der Demokratie und des Sozialstaats“, so Lafontaine (Bundestagsrede, 25. September 2008).

Alle Errungenschaften der Arbeiterklasse aus den Zeiten des angeblichen „Sozialstaats“ in Westdeutschland, wie Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen usw. waren immer das Ergebnis von Arbeiterkämpfen, andererseits waren die Kapitalisten auch viel eher bereit, Zugeständnisse zu machen, da sie die „rote Gefahr“ eindämmen wollten zu einer Zeit, als das „Konkurrenzsystem“ DDR mit all seinen Errungenschaften der vergesellschafteten Wirtschaft existierte – keine Arbeitslosigkeit, billige Wohnungen, kostenlose gute Gesundheitsversorgung. Der „Sozialstaat“ war immer nur so sozial, wie die Kapitalisten die Arbeiter fürchteten. Die klassenkollaborationistische Propaganda der LINKEN soll die Arbeiter an ihre kapitalistischen Ausbeuter und deren Staat binden, denn was die LINKE antreibt, ist den Kapitalismus mitzuregieren. Der Berliner SPD/Linkspartei-Senat zeugt davon, wie sie das tun: Er zerriss einfach die Tarifverträge im öffentlichen Dienst und warf Tausende auf die Straße, gleichzeitig schmiss er der maroden Berliner Bankgesellschaft die Gelder in den Rachen. Er schickt die Polizei gegen Flüchtlinge, schiebt ab, kürzt massiv im Bildungswesen und bespitzelt Schüler und Studenten mit rassistischen Überwachungsdateien. Der „rot-rote“ Senat ist eine bürgerliche Regierung.

Die SAV – Sozialistische Alternative, großenteils in der Linkspartei eingenistet, ruft auf: „DIE LINKE wählen – links aktiv werden – DIE LINKE verändern!“ (Wahlauf Ruf der SAV zu den Bundestagswahlen, 25. August). Zwar tritt sie dafür ein, „dass DIE LINKE sich an keiner Regierung mit pro-kapitalistischen Parteien wie SPD und Grünen, egal ob in Bund, Länder [sic] oder Gemeinden, beteiligt“, aber angesichts der Tatsache, dass die LINKE eh keine Chance auf

Regierungsteilnahme auf Bundesebene hat, versucht sie einfach das Profil der LINKEN ein bisschen zu schärfen, um mehr Stimmen einzuheimsen. Und wenn dann der Linkspartei in Thüringen oder im Saarland bei den Landtagswahlen am 30. August wirklich eine Regierungsbeteiligung gelingt, wird die SAV jubeln, dass es jetzt eine „linke“ Regierung gibt, die man noch weiter nach links drängen könne. Aber vor allem schließt es die SAV ganz offensichtlich nicht aus, dass die LINKE *im eigenen Namen* die Regierungsverantwortung im Kapitalismus übernehmen könnte (oder vielleicht mit einer „linkeren“ SPD zusammen?), zumindest auf kommunaler Ebene. In einem Artikel über Kommunalpolitik („Linke Politik in den Kommunen“, 6. Juli) propagiert sie als leuchtendes Beispiel Liverpool Anfang der 80er-Jahre, wo die Schwesterorganisation der SAV, die sich damals Militant nannte, als Mitglied der sozialdemokratischen Labour Party die Stadtverwaltung übernommen hatte. Militant verwaltete das Budget, das der kapitalistische Staat zur Verfügung stellte, und war der Boss der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Und dann schickten sie 31 000 Entlassungsschreiben an diese Arbeiter, was sie als „Taktik“ bezeichneten, um mehr Geld von der nationalen Regierung zu bekommen.

Kommunisten können natürlich für Parlamente, legislative Körperschaften, kandidieren, um als *revolutionäre Opposition* das Parlament als Tribüne zu nutzen. Aber „Kommunalpolitik“ im Sinne der SAV bedeutet, wirklich Verantwortung für die Verwaltung des bürgerlichen Staates zu übernehmen. Laut SAV würde eine „sozialistische“ Stadtverwaltung „antikapitalistisches, sozialistisches Bewusstsein ... enorm ... fördern“ (ebd.). Das ist eine reformistische Lüge im Eigeninteresse der SAV, die hofft, mittels des Vehikels der Linkspartei selbst in die eine oder andere kommunale kapitalistische Regierung zu gelangen. Die Arbeiter werden eingelullt und entwaffnet durch die Propaganda, der existierende kapitalistische Staatsapparat könne „übernommen“ oder „unterwandert“ und für ihre Interessen benutzt werden. Die Staatsfrage ist die grundlegende Scheidelinie zwischen Revolutionären und Reformisten. Dieser existierende kapitalistische Staat hat die zentrale Funktion, mittels Polizei, Militär und Justiz das Privateigentum an Produktionsmitteln zu schützen. Damit die Arbeiterklasse ihre Interessen durchsetzen und ihre Macht ausüben kann, ist es nötig, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen und einen auf Räte-demokratie und Planwirtschaft basierenden proletarischen Staat zu errichten, die Diktatur des Proletariats.

Auch andere „linke“ Kritiker innerhalb der LINKEN ordnen ihre etwaigen Widersprüche dem einen heiligen Ziel unter: einem Erfolg der LINKEN bei der Wahl. Zum Beispiel verkündet die Kommunistische Plattform: „Die Eröffnung der Programmdebatte hat bis zum 28. September 2009 Zeit“ – das heißt bis zum Tag nach den Bundestagswahlen („Alles für ein gutes Abschneiden der LINKEN!“, Juli 2009, Mitteilungen der Kommunistischen Plattform).

„Sozialisten“, die in bürgerlichen Regierungen sitzen, ob auf nationaler oder kommunaler Ebene, *verwalten den Staat der Bourgeoisie*. Da wir Kommunisten unversöhnliche Gegner des bürgerlichen Staates sind, kandidieren wir *grundsätzlich nicht für Exekutivämter* (siehe „Nieder mit Exekutivämtern des kapitalistischen Staates! Marxistische Prinzipien und Wahltaktik“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 27, Frühjahr 2009).

Die Linkspartei unterstützte im Wesentlichen die „Retzungspakete“ der Bundesregierung vom Herbst 2008, die den bankrotten Banken und Unternehmen Milliarden von Steuergeldern in den Rachen warf, und forderte nur, dass von den Geldern auch etwas in der „Realwirtschaft“ ankommen soll. Sie möchten den Kapitalisten ein bisschen was von deren Profiten abknapsen und den Kapitalismus stärker „regulieren“, etwa durch Nationalisierung von Banken, was

auch die SAV fordert. Wie Trotzki aber im Übergangsprogramm klar machte, ist es notwendig, „die Frage der Enteignung mit der Frage der Arbeiter- und Bauernmacht [zu] verbinden“. Er forderte u. a. die entschädigungslose Enteignung der Privatbanken und die Verstaatlichung des Kredit-systems und betonte, dies „wird jedoch nur dann diese günstigen Ergebnisse zeitigen, wenn die Staatsmacht selbst aus den Händen der Ausbeuter vollständig in die Hände der Arbeiterschaft übergeht“. Denn für die Kapitalisten bedeuten einzelne Verstaatlichungen einfach nur, dass der Staat einschreitet, um ihre Profite zu schützen, wie schon Lenin erklärte: „ein Staatsmonopol in der kapitalistischen Wirtschaft [ist] lediglich ein Mittel zur Erhöhung und Sicherung der Einkünfte für Millionäre aus diesem oder jenem Industriezweig, die dem Bankrott nahe sind“ (*Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, 1916).

Lafontaines berüchtigte Hetze gegen „Fremdarbeiter“, die deutsche Arbeitsplätze gefährden würden, in seiner Chemnitzer Rede vom Juni 2005 ist nur die andere Seite der Medaille seiner wiederholten Propagierung: „Es geht nicht ohne Protektionismus.“ Protektionismus – chauvinistische Maßnahmen zur Rettung der „eigenen“ kapitalistischen Wirtschaft – geht einher mit der Hetze gegen „Billiglohnkonkurrenz“ aus Osteuropa und Asien (insbesondere China). Für die Arbeiterklasse ist dies ein nationalistisches Gift, das Arbeiter aus unterschiedlichen Ländern gegeneinander ausspielt und so ihre Kampfkraft schwächt. „Proletarier aller Länder vereinigt euch“, seit Marx' Zeiten ein zentraler Kampfruf von Kommunisten, zeigt besonders in der Krise seine brennende Aktualität.

Die Unterstützung für die LINKE ist trotz der Krise der SPD nicht wesentlich angewachsen. Ein Aspekt dabei ist sicher der SPD-eigene Antikommunismus, vielfach verbreitet von SPD-Gewerkschaftsbürokraten, die es Lafontaine nicht verzeihen, dass er in einer gemeinsamen Partei mit den Nachfolgern der SED der DDR sitzt, die heute zur Konkurrenz gegenüber der SPD erwächst. Wir Kommunisten sind scharfe politische Gegner der PDS-Gründer, aber das hat einen ganz anderen Grund: Sie halfen an vorderster Front in der SED, die DDR auszuverkaufen, und dann integrierten sie sich im imperialistischen Deutschland in eine zweite sozialdemokratische Partei und spielen jetzt Arzt am Krankenbett des Kapitalismus.

Die Linkspartei versucht auch, als „Antikriegspartei“ Stimmen zu gewinnen, und fordert „Die Bundeswehr sofort aus Afghanistan abziehen“. Sie fordert aber in ihrem Wahlprogramm nicht den Abzug der imperialistischen Besat-

zungstruppen aus dem Balkan, wo die deutsche Bourgeoisie ureigenste Interessen verfolgt. In einem Papier des Ältestenrats (19. Februar) lobt sie sogar „durchaus stabile Resultate“ der imperialistischen Besatzer! Schon bisher war der „Antimilitarismus“ der Linkspartei nur Augenwischerei, da sie immer an allen Ecken der Welt die UN-Blauhelme befürwortete. Die UNO ist nichts als eine „Räuberhöhle“ (Lenins Beschreibung des Vorläufers der UN, des Völkerbunds), in der die stärksten Imperialisten das Sagen haben; aber hier hat die deutsche Bourgeoisie vermeintlich mehr Einfluss als in der NATO, also ist die LINKE, die ja den *deutschen* Imperialismus mitregieren will, für die UN. Auch in ihrem aktuellen Wahlprogramm fordert sie „NATO auflösen“ – zugunsten einer Art NATO ohne Einfluss der USA, des stärksten Konkurrenten der deutschen Bourgeoisie. Sie will die NATO „ersetzen durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands“! Nun, die Sache einer strategischen Partnerschaft mit Russland verfolgen Teile der deutschen Bourgeoisie auch unter der Großen Koalition.

Wir sind prinzipielle Gegner des bürgerlichen Staatsapparats und daher auch seiner Armee, egal ob sie nun als Wehrpflicht- oder „Freiwilligen“armee daherkommt. Mit Karl Liebknecht sagen wir: Kein Mann, keinen Pfennig für die bürgerliche Armee! Bundeswehr raus aus dem Balkan, Afghanistan, Afrika und Nahost! Aber Kommunisten sind keine Pazifisten, denn Pazifismus entwaffnet immer nur die Arbeiterklasse und die Unterdrückten. Wir treten für die bedingungslose militärische Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten China, Vietnam, Kuba und Nordkorea ein, wozu auch die Entwicklung und das Testen atomarer Waffen gehört, um die Imperialisten abzuschrecken.

Keine Wahl bei diesen Wahlen

Die Arbeitslosigkeit, die Verzweiflung unzähliger Menschen darüber, wie viele andere auch ins Elend abzurutschen, ist Thema der Wahlkampagnen der linken Parteien. SPD-Steinmeiers so offensichtliche Wahllüge, bis 2020 praktisch die Arbeitslosigkeit (die heute „offiziell“ massiv geschönt bei knapp 3,5 Millionen liegt) abzuschaffen, hat bei seinen Gegnern viel Hohn ausgelöst, bei seiner Basis sicher eher Bitterkeit. Ironischerweise liegt hier die LINKE hinter der SPD zurück: Sie fordert in ihrem Wahlprogramm „Zukunftsprogramm für zwei Millionen Arbeitsplätze auflegen“. Solange die Basis der Arbeitslosigkeit, der Kapitalismus, nicht entmachtet ist, sind Zahlenspiele über die Arbeitslosigkeit zynische Wahlpropaganda. Die Kapitalisten stellen nur dann ein, wenn es ihnen Profite bringt. Die Wahrheit ist, dass der



Bestellt: *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 27, Frühjahr 2009

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), wird unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in vier Sprachen veröffentlicht. *Spartacist* ist in allen Abonnements der IKL-Zeitungen enthalten, die auf Englisch, Französisch, Deutsch oder Spanisch erscheinen.

Im Artikel „Marxistische Prinzipien und Wahltaktik“ erklären wir unsere neuerarbeitete Position, dass Marxisten aus Prinzip nicht für Exekutivämter des kapitalistischen Staates kandidieren und ziehen somit explizit die Konsequenz aus Lenins Schriften *Staat und Revolution* und *Die Proletarische Revolution und der Renegat Kautsky*. Mit diesem Artikel setzen wir die theoretische und programmatische Arbeit der ersten vier Weltkongresse der Kommunistischen Internationale weiter fort.

Der Artikel „Trotzkismus kontra Volksfrontpolitik im Spanischen Bürgerkrieg“ zeigt die Notwendigkeit, revolutionäre Arbeiterparteien vom bolschewistischen Typ zu schmieden.

In „Arbeiterinnen und die Widersprüche im heutigen China“ werden die gewaltigen Widersprüche im bürokratisch deformierten Arbeiterstaat China anhand der Stellung der Frauen aufgezeigt.

1,50 € (72 Seiten)

zu beziehen über die Verlagsanschrift

Kapitalismus gerade darauf basiert, dass es fast immer ein größeres oder kleineres Reservoir an Arbeitslosen gibt, die je nach „Konjunktur“ zur Verfügung stehen oder auf die Straße geworfen werden. Wie Marx prägnant erklärte:

„Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt. Die Verdammung eines Teils der Arbeiterklasse zu erzwungenem Müßiggang durch Überarbeit des anderen Teils, und umgekehrt, wird Bereicherungsmittel des einzelnen Kapitalisten“ (*Das Kapital, Erster Band*).

Offiziell gibt es übrigens heute keine Definition für „Vollbeschäftigung“, heutzutage fällt eine Arbeitslosenquote von bis zu vier Prozent darunter. In den 1960er-„Wirtschaftswunderjahren“ galt eine Quote von unter einem Prozent. Die Kapitalisten passen ihre Statistiken pünktlich ihren Notwendigkeiten an. Die permanente Existenz einer Arbeiterreservearmee, die jetzt in der Krise noch mal sprunghaft wächst und immer größere Schichten von Menschen an den Rand der Verelendung drückt, steht im krassen Gegensatz zu den Errungenschaften einer geplanten, vergesellschafteten Wirtschaft, selbst einer bürokratisch deformierten in einem halben Land wie der DDR, der es historisch an Arbeitskräften *mangelte* (siehe dazu „Für internationale sozialistische Planwirtschaft!“ in dieser Ausgabe).

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), einer der vielen Satelliten der LINKEN, kandidiert in eigenem Namen nur dort, wo es der nicht weh tut. Zum Beispiel in Brandenburg, wo fast 30 Prozent für DIE LINKE erwartet werden und die Stimmen für die DKP nicht weiter ins Gewicht fallen. Im Saarland dagegen bei den Kommunalwahlen am 30. August, wo für die Linkspartei jede Stimme zählt, um vielleicht in die Regierung zu kommen, erklärt sie „Die Stimme für Oskar Lafontaine und die PDL“ zu einem Signal, „das auch wir Kommunisten als antikapitalistische und sozialistische Kraft mit setzen wollen!“ („Erklärung der DKP Saarland zu den Landtagswahlen 2009“, 21. August). Ebenso wie die LINKE beruft sich die DKP in ihrer „Friedenspolitik“ auf die UN und ebenso wie DIE LINKE und die ebenfalls kandidierende, ebenfalls reformistische Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) fordert die DKP das „Verbot aller faschistischer Parteien und Organisationen, vor allem der NPD“ entsprechend des Grundgesetzes. Solche Appelle schüren Vertrauen in den kapitalistischen Staat und seine bewaffneten Schlägertrupps, die Polizei, sie demobilisieren und entwaffnen die Arbeiterklasse. Jegliche solcher Verbote sind in der Vergangenheit letztlich im Namen der „Verteidigung der Demokratie“ gegen Arbeiter, Immigranten und Linke eingesetzt worden. Schon bei Einleitung des KPD-Verbotsverfahrens 1951 etwa wurde als Abdeckung im gleichen Jahr ein Verbotverfahren gegen die faschistische SRP eingeleitet.

Bei den Europawahlen im Juni hatten rechtspopulistische und faschistische Parteien in einigen Ländern besorgniserregende Erfolge erzielt. Die Wirtschaftskrise, die weiterhin droht, Millionen Kleinbürger und Arbeiter ins Elend zu werfen und zu Lumpenproletariern zu machen, sind ein Nährboden, auf dem die Faschisten durch Terror und Demagogie sehr wohl wachsen können. Diese mörderischen Schläger haben in den letzten Monaten ihre Provokationen auf der Straße verstärkt und bei mehreren Gelegenheiten direkt Gewerkschafter angegriffen (siehe „Nazischläger überfallen DGB-Mai-Demos“, *Spartakist* Nr. 178, Juli 2009). In Thüringen bedrohen diese Mordbanden Zeca Schall, einen Wahlkämpfer der CDU, der angolischer Herkunft ist. DKP und Co. und die Gewerkschaftsbürokraten entwaffnen die Arbeiterklasse und alle diejenigen, die im Fadenkreuz

der Nazis stehen, mit flehentlichen illusionären Appellen an das bürgerliche Grundgesetz. Aber die Faschisten sind die außerlegalen Sturmtruppen der Kapitalisten, die immer in der Hinterhand gehalten werden für den Fall, dass die Kapitalisten ihre Macht durch die Arbeiterklasse bedroht sehen. Es ist dringend nötig, die Macht der organisierten Arbeiterbewegung gegen die Nazis zu mobilisieren. Für Arbeiter-/Immigrantenmobilisierung, um die Nazis zu stoppen! Unser Ziel ist es, eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die die Arbeiterklasse an der Spitze aller Unterdrückten und aller vom rassistischen kapitalistischen Staat und den faschistischen Banden Bedrohten zur Macht führt. Erst der Sturz des Kapitalismus wird den Nazi-Mörderbanden endgültig den Boden entziehen.

Die Grünen waren schon bei ihrer Gründung 1980, noch bevor sie 1993 mit dem in der DDR entstandenen antikomunistischen Bündnis 90 fusionierte, eine bürgerliche Partei, die sich in keiner Weise auf die Arbeiterklasse bezog. Sie kultivieren einen Ruf, sich für Immigranten einzusetzen, aber das ist einfach hohl angesichts ihrer Regierungsbeteiligung 1998–2005 in der SPD/Grünen-Regierung: Sie sind mitverantwortlich für all die rassistischen Aktivitäten dieser Regierung im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“. Auch ihre Haltung zum deutschen Imperialismus ist eindeutig. Grünen-Ober-Guru Joschka Fischer war zentral dafür, den Kriegseinsatz auf dem Balkan zu motivieren im Namen von „Menschenrechten“ und mit „antifaschistischer“ Demagogie. Selbst Christian Ströbele, das „linke“ Flaggschiff der Grünen in Berlin-Kreuzberg, fordert nicht etwa den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, sondern nur in „einem überschaubaren zeitlichen Rahmen“ und nachdem die imperialistischen Besatzerarmeen ihnen genehme „afghanische Sicherheitskräfte“ ausgebildet haben. Nichts anderes will die deutsche Bourgeoisie auch, die keine unmittelbaren Interessen in Afghanistan hat.

Die relativ junge Piratenpartei spricht die offensichtlich berechnete Besorgnis über immer stärkere Versuche des bürgerlichen Staates an, alle und jeden zu überwachen, speziell auch im Internet. Aber auch sie hat absolut nichts mit der Arbeiterbewegung zu tun. Im Wesentlichen stützen sich Grüne und Piratenpartei auf die gleiche Klientel wie die FDP – unterschiedliche Schichten der Kleinbourgeoisie, die versuchen, jeweils ihre Wünsche voranzubringen, dabei aber den Kapitalismus verteidigen. In Thüringen ruft die Piratenpartei für die Landtagswahl zur Wahl der Grünen auf („Thüringer Piraten unter grüner Flagge“, *Neues Deutschland*, 24. August).

Die Partei für Soziale Gleichheit (PSG), die auch zu den Wahlen antritt, versucht sich als Alternative zur SPD und zur Linkspartei und als „orthodox“ trotzkistisch darzustellen. Die PSG ist die deutsche Sektion einer dubiosen Organisation, die aus Gerry Healys Internationalem Komitee für die Vierte Internationale entstand und heute von David North geführt wird. In den 70er-Jahren wurden Healy & Co. zum Sprachrohr mörderischer kapitalistischer arabischer Regime: Sie rechtfertigten und unterstützten 1979 die Hinrichtung von 21 irakischen KP-Mitgliedern, seit 1977 hatten sie einen Vertrag mit Libyens Gaddafi, der ihnen eine Million Pfund einbrachte und die Finanzierung ihrer Pseudo-Massen-Tageszeitung *News Line* ermöglichte (siehe *Spartakist*, deutsche Ausgabe Nr. 12, Winter 1986/87). Vor vielen Jahren schon charakterisierten wir die von Healy und North geführte politische Tendenz als politische Banditen, deren Praxis in krassem Widerspruch steht zu ihren angeblichen Grundsätzen, die sich zudem je nach materieller Interessenlage ändern. Früher hatten sie an die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer appelliert, bei der Zerstörung der Sowjetunion mitzuhelfen, heute behaupten sie, die Gewerkschaften seien bürgerlich und bejubeln Streikbruch. Früher nannten sie sich

„sozialistisch“, heute berufen sie sich in ihrem Namen nur noch auf „soziale Gleichheit“ und betreiben „antistalinistische“ Hetze im Geiste des sozialdemokratischen Antikommunismus gegen einen Konkurrenten bei den Bundestagswahlen, die ex-maoistische MLPD („Wie steht ihr zur MLPD?“, gleichheit.de, kein Datum).

Kapitalistische Krise: gesammelte Lügen

Alle Behauptungen über ein „Abflauen“ der Krise spiegeln die Sicht der Kapitalisten wider und ihre Propaganda für die Wiederwahl von Merkels CDU. „Die Börse erholt sich“? Durch die Bankenstützungen der Regierungen und die extrem niedrigen Zinsen der Zentralbanken wurde Banken und Wirtschaft viel Geld in den Rachen geschmissen, das landete aber nicht in Produktionskapazitäten, die derzeit den Kapitalisten keinen Profit versprechen, sondern in Aktien. Wie ein Artikel sagte: Die „Realwirtschaft“ liegt zwar immer noch am Boden, aber „die Nachfrage nach Aktien treibt deren Preise“. Und mit dieser neuen Version einer Börsenblase geht das muntere Spekulieren weiter und einige Banken machen schon wieder dicke Profite. Zynisch prangen Seite an Seite die Schlagzeilen „Quelle streicht 3700 Stellen“ und „Die Rezession ist vorbei – Börsen feiern die Erholung der Wirtschaft“ (*Tagespiegel*, 14. August). Viel Jubel gab es bei den Kapitalisten darüber, dass das Exportvolumen um ein paar Prozent stieg.

Aber selbst einer der von den Kapitalisten bezahlten „Wirtschaftsweisen“, Peter Bofinger, verwies vorsichtig darauf, dass der Auftragseingang dennoch immer noch um etwa 20 Prozent unter dem Vorjahresniveau liegt. Und: „Die Zahl der Arbeitslosen wird steigen, prognostizieren Wirtschaftsexperten“ („Das dicke Ende kommt am Arbeitsmarkt“, *manager-magazin.de*, 9. August). In vielen Betrieben der Metallindustrie läuft Ende des Jahres die staatlich subventionierte Kurzarbeit aus, in der Autoindustrie stehen Entlassungen an mangels Absatz nach dem kurzfristigen Produktionsschub durch die „Abwrackprämie“. Ein Geheimpapier der Bundesagentur für Arbeit sieht mehr als 12 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet und das wird wohl große Bereiche der Kernindustrie Deutschlands betreffen. Ebenso werden noch verstärkter Entlassungen in der Verbrauchsgüterindustrie und im Einzelhandel erwartet – mangels „privater Nachfrage“, d. h. die Menschen haben einfach kein Geld mehr in der Tasche. Die Hertie-Warenhauskette hat gerade dichtgemacht, und nun steht offenbar der gesamte KarstadtQuelle-Konzern vor der Zerschlagung. In ganz Europa werden weiter stark steigende Arbeitslosenzahlen erwartet, und die Länder Osteuropas, deren Wirtschaft durch die Konterrevolution und die nachfolgenden kapitalistischen Schockprogramme schon vorher vernichtet wurde und die vom Imperialismus abhängig sind, werden noch weiter den Bach runtergehen. In den USA, wo es ebenfalls Jubel über eine verbesserte Lage *der Banken* gibt, stieg die Zahl der Hauspfändungen schon bis Februar innerhalb eines Jahres um 81 Prozent, und bis Ende 2009 wird eine weitere Steigerung erwartet. In mehreren Orten der USA sind ganze Zeltstädte entstanden von Leuten, die nirgendwo sonst mehr wohnen können.

Hierzulande wird nach den Wahlen die neue Regierung wie eine Dampfwalze versuchen, noch mehr den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung in den Boden zu stampfen, was man jetzt im Wahlkampf nicht laut ausspricht. Damit die Arbeiterklasse den Angriffen standhalten kann, ist es unbedingt nötig, mit den Lügen ihrer sozialdemokratischen Irreführer zu brechen, die behaupten, es gäbe zum

Kapitalismus keine Alternative. Dazu gehört das Konzept der „Mitbestimmung“, das behauptet, es könne grundlegend gemeinsame Interessen von Arbeitern und Kapitalisten geben. Die Arbeiter sollen mitverantwortlich gemacht werden für die kapitalistische Krisenbewältigung. So schreibt die IG-Metall in „Mehr Mitbestimmung und Kapitalbeteiligung ist gefragt“ (3. August): „Wir wollen, dass die Belegschaften mit einem nennenswerten Anteil am neuen integrierten Konzern von Volkswagen und Porsche beteiligt werden... Statt Lohnverzicht bekommen die Beschäftigten Kapitalanteile des Unternehmens.“ In den USA hat die Führung der Autogewerkschaft UAW gerade das gleiche perfide Spiel betrie-



Berlin, 2008: BVG-Streik gegen Lohnraub des SPD/LINKE-Senats

dpa

ben: Um „Mitbesitzer“ von GM zu sein, hat die Gewerkschaft Rentenansprüche der Arbeiter verschachert.

Es ist harter, internationalistischer Klassenkampf nötig, um die Interessen und den Lebensstandard der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung zu verteidigen. Es gibt auf gewerkschaftlicher Ebene keine einfachen, unmittelbaren Lösungen, aber einige offensichtliche Forderungen, die eine Richtung weisen, wie der Kampf zu führen ist: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, wer immer sie tut und aus welchem Land auch immer er kommt! Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich! Organisiert die Unorganisierten! Wie Trotzki 1938 erklärte:

„Ob jene Forderungen ‚realistisch‘ sind, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses und kann nur durch den Kampf entschieden werden. Durch diesen Kampf, welche unmittelbaren praktischen Erfolge er auch erzielen mag, werden sich die Arbeiter am besten von der Notwendigkeit überzeugen, die kapitalistische Sklaverei zu beseitigen“ (*Übergangsprogramm*).

In allen kapitalistischen Krisen passiert das Gleiche: Die gesellschaftliche Produktion allen Reichtums kommt in Konflikt mit der privaten Aneignung dieser Werte durch die Kapitalisten. Auf der Jagd nach Profiten werden Produktivkräfte vernichtet und Menschen aus dem Produktionsprozess raus und in die Armut geschleudert. Eine Lösung dafür kann es nicht im Rahmen des Kapitalismus geben. Die Lösung ist so revolutionär wie einfach: Die Arbeiterklasse muss den Kapitalisten die Produktionsmittel aus den Händen nehmen und im Rahmen einer geplanten internationalen Wirtschaft die vorhandenen Ressourcen im Interesse aller Menschen einsetzen. Die, die arbeiten und die Werte schaffen, müssen herrschen. Um ein solches Bewusstsein in die Arbeiterklasse zu tragen und sie zum Sieg zu führen, ist der Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei nötig, und genau das ist unsere Aufgabe als Kommunisten. Egal, ob nun gerade Wahlen sind oder nicht. ■



Spartakist

Berlin-Treptow, 3. Januar 1990: Von Spartakisten initiiertes Protest gegen faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals und in Verteidigung von DDR und UdSSR zeigte Potenzial für Arbeiterwiderstand gegen kapitalistische Wiedervereinigung

DDR-Wirtschaft...

Fortsetzung von Seite 1

etwa 15 % in den östlichen Untersuchungsregionen fällten über sie ein negatives Urteil. Vor allem die in der DDR herrschende Arbeitsplatzsicherheit wurde von einer absoluten Mehrheit begrüßt. Prompt wurde mehr antikommunistische „Aufklärung“ in der Schule gefordert und ostdeutsche Lehrer und Eltern gescholten. Der Leiter der Untersuchung, der Berliner FU-Professor Klaus Schroeder, veröffentlichte nun eine Zusammenfassung der Tausenden Leserbriefe, die er und bürgerliche Zeitungen erhalten hatten. Überwiegend gegen die Hetze gegen die DDR gerichtet, geben sie einen Einblick in die tiefe Enttäuschung und Verbitterung, die unter der betrogenen Bevölkerung der ehemaligen DDR über die kapitalistische Wiedervereinigung herrschen:

„Ich habe keine Probleme, dass die DDR verbesserungswürdig war, darum bin ich ja als Erster mit auf die Straße gegangen. Nur dieses Monster BRD habe ich nicht gewollt!“

„Als man uns früher Filme in der Schule oder NVA [Nationale Volksarmee] zeigte, in denen Menschen vorm Arbeitsamt standen, Kinder bettelten, Alte die Abfälle durchwühlten, hatten wir vor Lachen gebrüllt. Alles Propaganda, dachten wir. Heute wissen wir es besser, es war die Wahrheit, und wir sind jetzt ein Teil davon.“

„Früher in der DDR konnten wir nicht reisen, heute können wir uns keine Reise leisten... An Freiwilligen, die die Mauer wieder aufbauen würden, mangelt es nicht!“

„In der Bundesrepublik herrscht zurzeit ein menschenverachtendes Regime, das die Bevölkerung ausspionieren will (Schäuble) und Teile der Bevölkerung (Langzeitarbeitslose) terrorisiert.“ (Oh, wie schön ist die DDR, zitiert in *Der Spiegel*, 29. Juni)

Aufgrund der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise verelenden weltweit die arbeitenden Massen, während modernste Produktivkräfte brachliegen und vernichtet werden. Gegenüber dem Vorjahr sind in Deutschland in der Metall- und Elektroindustrie die Aufträge um 25 Prozent eingebrochen, beim Maschinenbau gar um 50 Prozent. Jeder fünfte Metallarbeiter ist auf Kurzarbeit, während schon jetzt fast

40 Prozent der Leiharbeiter gefeuert wurden. Der wirkliche Horror wird nach den Bundestagswahlen kommen, wenn staatliche Stützen wie Abwrackprämie und Kurzarbeiterregelung auslaufen.

Wie Friedrich Engels, neben Karl Marx Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, erklärte, kommt in den Krisen „der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung zum gewaltsamen Ausbruch... Denn in der kapitalistischen Gesellschaft können die Produktionsmittel nicht in Tätigkeit treten, es sei denn, sie hätten sich zuvor in Kapital, in Mittel zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft verwandelt. Wie ein Gespenst steht die Notwendigkeit der Kapitaleigenschaft der Produktions- und Lebensmittel zwischen ihnen und den Arbeitern. Sie allein verhindert das Zusammentreten der sachlichen und der persönlichen Hebel der Produktion; sie allein verbietet den Produktionsmitteln zu fungieren, den Arbeitern, zu arbeiten und zu leben.“ (*Anti-Dühring*, 1876-1878) Die Arbeiterklasse muss die Produktivkräfte durch die Enteignung der Kapitalistenklasse

in den Dienst der gesamten Gesellschaft stellen, so dass sie, befreit von den Fesseln des Kapitalismus, geplant entwickelt werden können, um die Bedürfnisse aller zu befriedigen, statt den Profitinteressen einer verschwindenden Minderheit untergeordnet zu bleiben. Das erfordert eine sozialistische Revolution, die den bürgerlichen Staat, den „ideellen Gesamtkapitalisten“, der lediglich dazu da ist, die kapitalistischen Eigentumsformen zu verteidigen, zerschlägt und an seiner Stelle einen Arbeiterstaat errichtet.

Auf ihre Weise erkennt die Bourgeoisie, dass sich in der Krise der Bankrott des Kapitalismus gegenüber einer geplanten Wirtschaft auf der Basis von Kollektiveigentum offenbart. So beklagte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (7. Oktober 2008): „Mit den Banken scheint auch der Glaube an die (soziale) Marktwirtschaft den Bach runterzugehen“, und beschwor: „Trotz der Finanzkrise – Nie wieder DDR“. Bei aller Enttäuschung von Arbeitern und linken Jugendlichen angesichts der kapitalistischen Anarchie herrscht das Bewusstsein vor, dass es keine Alternative gäbe, da „auch der Kommunismus gescheitert“ sei. Dabei wird fälschlich angenommen, dass der Zusammenbruch der DDR und Sowjetunion beweise, dass eine Planwirtschaft zum Scheitern verurteilt und Sozialismus bestenfalls „utopisch“ sei.

Die Konterrevolution in der DDR, Osteuropa und der Sowjetunion war eine Niederlage für die Arbeiterklasse international. Trotz der bürokratischen Verzerrungen war die Planwirtschaft historisch ein ungeheurer Fortschritt. In der DDR ermöglichte sie die Beseitigung von Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und soziale Errungenschaften wie billige Mieten oder kostenlose Gesundheitsversorgung für alle. Über 90 Prozent der erwerbsfähigen Frauen gingen arbeiten, so viel wie in keinem anderen Land der Welt. Dadurch erreichten sie ein hohes Maß an ökonomischer Unabhängigkeit, auch wenn die Institution der Familie, das Hauptinstrument zur Unterdrückung der Frau, bestehen blieb. Gleichzeitig konnten die Arbeiter Westeuropas nicht zuletzt aufgrund der Existenz der Arbeiterstaaten Osteuropas „ihren“ Kapitalistenklassen erhebliche Zugeständnisse abringen. Wir Trotzisten haben die DDR und die Sowjetunion bedingungslos militärisch gegen Imperialismus und innere Konterrevolution verteidigt. Wir kämpften für eine proletar-

rische politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie, um Arbeiterräte an die Macht zu bringen und die stalinistische Politik des „Sozialismus in einem Land“ durch den revolutionären Internationalismus von Lenins und Trozki Bolschewiki zu ersetzen.

Die Krise der DDR Ende der 1980er-Jahre war Teil einer breiteren Krise des Sowjetblocks. Die Sowjetunion war ein degenerierter Arbeiterstaat, wo die Kapitalisten enteignet worden waren und eine kollektivierte Wirtschaft existierte, aber die Arbeiterklasse politisch von einer parasitären stalinistischen Bürokratie unterdrückt wurde, die in einer politischen Konterrevolution Anfang 1924 die Macht usurpiert hatte. Die Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion Anfang der 1990er-Jahre war eine negative Bestätigung von Trozki's Warnung 1936 in seinem bahnbrechenden Werk *Verratene Revolution*: „Wird der Beamte den Arbeiterstaat auffressen oder der Arbeiter den Beamten bezwingen? So steht jetzt die Frage, von deren Lösung das Schicksal der UdSSR abhängt.“

Der Sieg der Roten Armee aufgrund des heldenhaften Kampfes der sowjetischen arbeitenden Massen, die trotz Stalin den deutschen Imperialismus niederrangen, verschaffte der Sowjetunion und der stalinistischen Bürokratie neuen Spielraum. In der Folge des eskalierenden Kalten Krieges errichtete die Bürokratie Ende der 1940er-Jahre in Osteuropa bürokratisch deformierte Arbeiterstaaten nach dem Vorbild der Sowjetunion. Ende der 50er-Jahre holte die Sowjetunion das nukleare Rüstungsniveau der USA ein. Der siegreiche Kampf der vietnamesischen Arbeiter- und Bauernmassen gegen den US-Imperialismus – der herzlich wenig von der sowjetischen Bürokratie unterstützt wurde – verschaffte der Sowjetunion weitere Luft. Gleichzeitig ermöglichten hohe Ölpreise auf dem Weltmarkt eine erhebliche Verbesserung des Lebensstandards in der Sowjetunion.

Ab Mitte der 1970er-Jahre erhöhte Moskau den Ölpreis für seine Partnerländer im Ostblock um 400 Prozent und kürzte gleichzeitig seine Lieferungen, um mehr auf den westlichen Märkten zu verkaufen. Die osteuropäischen stalinistischen Regime erhielten in dieser Zeit einen unsicheren sozialen Frieden dadurch aufrecht, dass sie ihrer Bevölkerung ein steigendes Konsumniveau bei wirtschaftlicher Sicherheit anboten. Als ihre Handelsbilanzen in den Keller gingen, verpfändeten diese Regime ihre Länder an die westlichen Imperialisten. Zu dem Druck der westlichen Bankiers kam Anfang der 1980er-Jahre die weitere Verdopplung der Ölpreise durch die Sowjetbürokraten hinzu.

Mit dem Ende der Breschnew-Ära wurde auch klar, dass sich die sowjetische Wirtschaft, das ökonomische Zentrum des Sowjetblocks, in einer Krise befand. Die Krise spitzte sich dann unter Gorbatschow zu, der mit seinen Perestroika-Marktreformen die sowjetische Planwirtschaft völlig desorganisierte und den Kräften der Konterrevolution enormen Auftrieb gab. Wie wir in „Von Stalin zu Gorbatschow: RGW [Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe] scheitert am Nationalismus“ damals schrieben: „Die Anwendung von Perestroika auf den RGW ist der schwerste Schlag wirtschaftlicher Art, den Gorbatschow der Verteidigung des Kollektiveigentums im belagerten Osteuropa versetzen konnte, vor allem in der DDR“ (*Arprekorr* Nr. 26, 6. März 1990).

Mit Perestroika ging Gorbatschows offener Kapitulationskurs gegenüber dem westlichen Imperialismus einher. 1988-1989 zog der Kreml die Rote Armee aus Afghanistan ab, ein Verrat. Wir boten der afghanischen Regie-

rung an, internationale Brigaden zu organisieren, die gegen die CIA-unterstützten Mullahs kämpfen. Wir sagten damals, es ist besser die Imperialisten in Afghanistan zu bekämpfen, als in Moskau. Als das Honecker-Regime 1989 zusammenbrach, mobilisierten wir alle Kräfte unserer Internationale und intervenierten in die Ereignisse. 1991 kämpften wir dann gegen die Konterrevolution in der Sowjetunion.

Mangel und zunehmende Veralterung der Fabriken im Ostblock – symbolisiert in der DDR durch den Trabi und den Wartburg, die in den 60er-Jahren einmal modern waren – waren nicht Ausdruck eines „inneren Fehlers“ von Planwirtschaft an sich, sondern von der Unmöglichkeit der stalinistischen Utopie vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“. Bürokratische Verschwendung und Demoralisierung aufgrund der politischen Entmündigung der Arbeiter verhinderten eine hohe Produktivität. Auch konnte man im nationalen Rahmen nicht die auf einer internationalen Arbeitsteilung basierende Spezialisierung verwirklichen, wie das die führenden kapitalistischen Nationen vermochten, die den Weltmarkt kontrollierten und dominierten. Diese Handvoll imperialistischer Großmächte – allen voran die USA, Japan und Deutschland – plündern mittels Krediten, Konzessionen, unfairen Handelsverträgen usw. die neokolonialen Länder aus. Jeglichen Widerstand versuchen sie in Blut zu ertränken, sei es direkt durch Invasionen der eigenen Armee – oft unter dem Deckmantel der UNO – oder vermittels blutiger Militärdiktaturen, die von ihnen bis an die Zähne bewaffnet werden. Der scharfe Wettbewerb um Einfluss- und Ausbeutungssphären unter diesen großen Räubern wird ultimativ durch Kriege entschieden. Von Rohstoffpreisen über Zölle und Handelsembargos versuchten die Imperialisten, die Arbeiterstaaten wirtschaftlich in die Knie zu zwingen, sei es wie im Falle des Ostblocks, der vom Weltmarkt weitgehend abgeschnitten war, oder wie bei China heutzutage, das mehr in die Weltwirtschaft integriert ist.

Das 2000 erschienene Buch des ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der staatlichen Plankommission, Siegfried Wenzel, „Was war die DDR wert?“ illustriert dies:

„Experten schätzen, dass die DDR etwa 50% des Weltsortiments an Maschinen und Anlagen produziert hat, wodurch in ungeheurer Breite wissenschaftlich-technische Entwicklungsarbeit geleistet werden musste, die sich nur in relativ kleinen Serien amortisieren konnte. Auch dies war keine Frage der Dummheit; die Wirtschaftlichkeitsrechnungen dazu lagen mehr oder weniger ausführlich vor. Wenn man aber bestimmte Ausrüstungen

TAGESVERANSTALTUNG

Vor 20 Jahren: Vorrevolutionäre Situation in der DDR

1989/90 – der Kampf für ein Rotes Rätendeutschland und gegen die Konterrevolution

Wir sind die Partei der Russischen Revolution!

Berlin, 21. November 2009, 12 Uhr
Mehringhof, Versammlungsraum,
Gneisenaustr. 2a, U-Bhf. Mehringdamm



kein Bildnachweis

Lenin auf dem I. Kongress der Kommunistischen Internationale, März 1919

unabdingbar brauchte, dann musste man sie produzieren, oder man hatte sie nicht. D.h. die Lösung jedes einzelnen Problems war zugleich ein Zug an einer Decke, die das Gesamtkonzept nicht abdeckte und die an einer anderen Stelle diese Problematik umso schmerzhafter offenlegte.“

Solange die Imperialisten den Weltmarkt kontrollierten, konnte man das zwar nicht grundlegend ändern, eine vereinigte Planwirtschaft von Ostberlin bis Hanoi hätte aber die Auswirkung der imperialistischen Dominanz enorm abfedern und die DDR in ausgewählten Bereichen zu einem der Innovations- und Wirtschaftsmotoren des Ostblocks werden lassen können. Aber die stalinistischen Bürokratien, die behaupteten, den „Sozialismus“ in ihrem jeweiligen Land aufzubauen, waren ein Hindernis dazu. Die einzige realistische langfristige Perspektive war damals wie 1989 und heute der *Sieg der proletarischen Revolution* in den führenden kapitalistischen Ländern. Erst dann kann eine internationale Planwirtschaft für die Bedürfnisse der Menschen statt für Profit produzieren.

Wenzels Buch wurde ein kleiner geheimer Bestseller, weil es, bei einer gut verständlichen Kurzdarstellung der ökonomischen Probleme, der Lüge vom Bankrott der DDR entgegentrat, mit der das Wüten der verhassten Treuhänder, die die DDR-Industrie dem Erdboden gleichmachten, gerechtfertigt wird. Auch zeigt es auf, dass die Aufbauhilfe Ost natürlich der westdeutschen Bourgeoisie zugute kam, die damit den Absatz ihrer eigenen Produkte subventionierte, wodurch die Demagogie ihres Anti-Ossi-Chauvinismus entlarvt wird. Doch gleichzeitig beteiligt sich Wenzel an der Lüge über die Alternativlosigkeit einer kapitalistischen Wiedervereinigung: „Eine ‚sanfte‘ Vereinigung zweier völlig unterschiedlicher, getrennt gewachsener Volkswirtschaften ist vorstellbar gewesen. Sie wäre mit einem Junktim verbunden gewesen, das ökonomische Hilfe der Bundesrepublik für die DDR im Umfang von 3 bis 4 Mrd. VM [Valutamark] mit der Aufgabe bisher als unantastbar geltender politischer und gesellschaftlicher Prämissen durch die DDR hätte koppeln müssen.“ Das ist das Gleiche wie die Illusion einer „vernünftigen“ Konterrevolution, die 1989/90 vom Lafontaine-Flügel der SPD geschürt wurde und die dann auch von Gorbatschow und der Gysi/Modrow-Führung der SED-PDS verbreitet wurde. Wir warnten 1989/90 vor der SPD als „Trojanischem Pferd der Konterrevolution“ und vor den Illusionen, dass am kapitalistischen Vierten Reich irgendetwas

„sanft“ sein könnte. Die einzige fortschrittliche Wiedervereinigung wäre die *revolutionäre Wiedervereinigung* Deutschlands gewesen: durch politische Revolution in der DDR und sozialistische Revolution im Westen, um die Quandt, Piëch, Schaeffler und Co. zu enteignen.

Für dieses Programm kämpften wir, als vor zwanzig Jahren, im Herbst 1989, Massenproteste in der DDR ausbrachen. Unser Kampf war nicht nur verbunden mit der Perspektive, die politische Revolution von der DDR auf die Sowjetunion nach Osten auszuweiten, sondern auch mit dem Programm für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa. Im Verlauf unserer Intervention stellten wir ein konkretes Programm als Antwort auf die wirtschaftliche Krise auf, die durch stalinistische Autarkiebestrebungen und imperialistische Umzingelung verursacht worden war. Wir lernten im Verlauf des Kampfes auch mehr über die wirkliche Tiefe der ökonomischen Krise. Bei der Entwicklung unseres Programms war für uns Lenins Broschüre „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“ ein Vorbild, die er Mitte September 1917, am Vorabend der Oktoberrevolution, geschrieben hatte. Anhand der konkreten wirtschaftlichen Krise in Russland schlug er eine Reihe konkreter Gegenmaßnahmen vor, die alle letztlich auf die eine Schlussfolgerung hinausliefen, die revolutionäre Eroberung der Macht durch das Proletariat an der Spitze der armen Bauernschaft: „Einen Mittelweg gibt es nicht... Man muss entweder vorwärtsschreiten oder zurückgehen.“ Unter anderen Vorzeichen stand die gleiche Herausforderung vor dem ostdeutschen Proletariat nach dem Zusammenbruch der SED: Entweder erobert und behauptet das Proletariat die politische Macht im Land, oder aber die westlichen Imperialisten werden eine Konterrevolution durchführen.

Die russische und die deutsche Revolution

Für Linke und Arbeiter, die die Lehren aus der Zerstörung von DDR und Sowjetunion ziehen wollen, ist es absolut notwendig zu verstehen, dass das 1924 von Stalin verkündete Dogma vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ einen fundamentalen Bruch mit dem revolutionären Marxismus darstellt. Schon das Kommunistische Manifest von 1848 schließt mit den Worten: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ In „Grundsätze des Kommunismus“ (1847) antwortete Friedrich Engels auf die Frage, ob die proletarische Revolution in einem einzigen Land allein vor sich gehen kann:

„A[ntwort]: Nein. Die große Industrie hat schon dadurch, dass sie den Weltmarkt geschaffen hat, alle Völker der Erde, und namentlich die zivilisierten, in eine solche Verbindung miteinander gebracht, dass jedes einzelne Volk davon abhängig ist, was bei einem andern geschieht. Sie hat ferner in allen zivilisierten Ländern die gesellschaftliche Entwicklung so weit gleichgemacht, dass in allen diesen Ländern Bourgeoisie und Proletariat die beiden entscheidenden Klassen der Gesellschaft, der Kampf zwischen beiden der Hauptkampf des Tages geworden. Die kommunistische Revolution wird daher keine bloß nationale ... sein... Sie ist eine universelle Revolution und wird daher auch ein universelles Terrain haben.“

In seiner *Kritik des Gothaer Programms* schrieb Marx 1875: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die *revolutionäre Diktatur des Proletariats*.“ In diesem Sinne war es auch eine selbstverherrlichende Beschönigung durch die Stalinisten, die Sowjetunion als „sozialistisch“ zu bezeichnen. Wie Trotzki in *Verratene Revolution* weiter ausführte:

„Wenn Marx als unteres Stadium des Kommunismus die

Gesellschaft bezeichnete, die auf Grund der Vergesellschaftung der Produktivkräfte des fortgeschrittensten Kapitalismus seiner Epoche entstehen sollte, so ist diese Bezeichnung offensichtlich nicht auf die Sowjetunion zugeschnitten, die heute noch, was Technik, Konsumgüter und Kultur anbelangt, viel ärmer ist als die kapitalistischen Länder. Richtiger wäre es darum, das heutige Sowjetregime in all seiner Widersprüchlichkeit nicht als sozialistisches, sondern als vorbereitendes oder *Übergangsregime* zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu bezeichnen... Kraft und Bestand eines Regimes werden letzten Endes durch die relative Produktivität der Arbeit bestimmt. Eine vergesellschaftete Wirtschaft, die technisch dem Kapitalismus überlegen ist, könnte ihrer sozialistischen Entwicklung in der Tat vollkommen, sozusagen automatisch sicher sein, was man von der Sowjetwirtschaft leider noch keinesfalls sagen kann.“

Die Bolschewiki waren sich von Anfang an der Tatsache bewusst, dass die Ausweitung der Russischen Revolution vom Oktober 1917 auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder eine Frage von Leben und Tod war. Seit dem 19. Jahrhundert erkannten Revolutionäre, dass das Schicksal der russischen und der deutschen Revolution untrennbar miteinander verbunden ist. Entscheidend für das Überleben ihrer belagerten proletarischen Diktatur im rückständigen Russland war in den Augen der Bolschewiki, dass die deutsche Arbeiterklasse die politische Macht im industriellen Kernland Europas erobern würde.

Dieser revolutionäre Internationalismus war überhaupt die *Voraussetzung* dafür gewesen, die kapitalistischen Herrscher Russlands gegen Ende des Ersten Weltkrieges stürzen zu können. Ende des 19. Jahrhunderts war der Kapitalismus endgültig in sein höchstes und letztes Stadium, den Imperialismus, übergegangen. Der Erste Weltkrieg war ein Raubkrieg zwischen den imperialistischen Großmächten um die Neuaufteilung der Welt. In *Sozialismus und Krieg* (1915) schreibt Lenin:

„Aus einem Befreier der Nationen, der er in der Zeit des Ringens mit dem Feudalismus war, ist der Kapitalismus in der imperialistischen Epoche zum größten Unterdrücker der Nationen geworden. Früher fortschrittlich, ist der Kapitalismus jetzt reaktionär geworden, er hat die Produktivkräfte so weit entwickelt, dass der Menschheit entweder der Übergang zum Sozialismus oder aber ein jahre-, ja sogar jahrzehntelanger bewaffneter Kampf der ‚Großmächte‘ um die künstliche Aufrechterhaltung des Kapitalismus mittels der Kolonien, Monopole, Privilegien und jeder Art von nationaler Unterdrückung bevorsteht.“

Die Menschewiki und die sozialdemokratischen Führer in ganz Europa unterstützten entweder offen ihre eigene imperialistische herrschende Klasse im Namen der Vaterlandsverteidigung oder sie flehten die Imperialisten um einen „gerechten Frieden“ an ... wenn sich der Krieg zu Ungunsten des eigenen Imperialismus entwickelte. Im Gegensatz dazu bestand Lenin darauf, dass die Arbeiterklasse im interimperialistischen Krieg keine Seite hatte und dass der einzige Weg zu einem gerechten Frieden darin bestand, dass die Arbeiterklasse einer jeden kriegführenden Nation den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zum Sturz der kapitalistischen Herrscher verwandelte. Lenin und die Bolschewiki, die in Russland schon vor dem Krieg von den Menschewiki gebrochen hatten, verallgemeinerten nun diese Erfahrung international und kämpften für eine Spaltung von den Reformisten der Zweiten Internationale, die zusammengebrochen und beim Sozialchauvinismus gelandet war, und für den Aufbau einer neuen, revolutionären Internationale, die für den Sieg der Weltrevolution kämpft.



Jewgeni Chaldei

April 1945: Sowjetische Truppen auf dem Vormarsch in Österreich. Heroischer Sieg über Nazi-Regime kostete das Leben von 27 Millionen Sowjetbürgern

1918, ein Jahr nach dem Sieg der Russischen Revolution, erhob sich in Deutschland die Arbeiterklasse in der Novemberrevolution, und überall im Land wurden nach dem russischen Vorbild Arbeiter- und Soldatenräte gegründet, die praktisch die Macht in den Händen hielten. Aber anders als in Russland hatten die deutschen revolutionären Marxisten, die Spartakusleute um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, nicht rechtzeitig von den Reformisten der SPD und den Zentristen der USPD gespalten und eine revolutionäre Partei geschmiedet. Erst im Dezember 1918 spalteten sie sich von der USPD Karl Kautskys und Eduard Bernsteins ab und gründeten die KPD. So konnte die SPD-Führung von Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann die Führung der Arbeiterräte übernehmen, um diese mit Unterstützung der USPD dem bürgerlichen Parlament unterzuordnen und so schnell es ging aufzulösen, während Gustav Noske die konterrevolutionären Freikorps von der Kette ließ. Die SPD ließ Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermorden und schlug so der jungen Kommunistischen Partei den Kopf ab. Im Blut tausender Proletarier ertränkte sie die deutsche Revolution von 1918/19.

Die bürgerliche Ordnung in Europa war aber alles andere als stabil. 1919 wurde die Dritte Kommunistische Internationale (Komintern) gegründet, und 1920 spaltete sich die USPD und die Mehrheit fusionierte mit der KPD, die dadurch zu einer Massenpartei wurde. 1923 ergab sich mit der Ruhrbesetzung durch Frankreich und der folgenden Hyperinflation eine außerordentlich günstige revolutionäre Möglichkeit in Deutschland. Die Mehrheit des deutschen Proletariats schaute auf die KPD, aber die Komintern- und KPD-Führung schwankten. Die KPD-Führung orientierte sich darauf, die Revolution gemeinsam mit der SPD-Linken zu machen und trat schließlich sogar in Sachsen und Thüringen in bürgerliche Regierungen ein (siehe *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 22, Sommer 2001). Das Scheitern der Deutschen Revolution von 1923 bereitete den Weg für die Usurpation der politischen Macht in Russland durch die von Stalin geführte Bürokratie, die die Erschöpfung des sowjetischen Proletariats und die Welle von Demoralisierung über die Niederlage in Deutschland ausnutzte. Dies war eine politische Konterrevolution, keine soziale: Die stalinistische Bürokratie stützte sich auf die von der Oktoberrevolution errichteten kollektivierten Eigentumsformen, aus denen sie

ihre Privilegien zog. Zur eigenen Rechtfertigung machte die bürokratische Kaste den antiinternationalistischen Widersinn vom „Sozialismus in einem Land“ zu ihrer Parole, was auch ihre konservative, national begrenzte Perspektive zum Ausdruck brachte. Dagegen schrieb Trotzki in seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe von *Die permanente Revolution* (1929):

„Der Marxismus geht von der Weltwirtschaft aus nicht als einer Summe nationaler Teile, sondern als einer gewaltigen, selbständigen Realität, die durch internationale Arbeitsteilung und den Weltmarkt geschaffen wurde und



Röderberg

Nach Zerschlagung des Nazi-Regimes ergriffen Arbeiter die Initiative durch Bildung von Antifa-Komitees, um Fabriken und Städte zu übernehmen und zu verwalten. Diese embryonalen Arbeiterräte wurden von Stalinisten im Osten und von Imperialisten im Westen unterdrückt

in der gegenwärtigen Epoche über die nationalen Märkte herrscht... Die sozialistische Gesellschaft muss in produktionstechnischer Hinsicht im Vergleich zu der kapitalistischen Gesellschaft ein höheres Stadium darstellen. Sich das Ziel zu stecken, eine *national isolierte* sozialistische Gesellschaft aufzubauen, bedeutet, trotz aller vorübergehenden Erfolge, die Produktivkräfte, sogar im Vergleich zum Kapitalismus, zurückzerren zu wollen. Der Versuch, unabhängig von den geographischen, kulturellen und historischen Bedingungen der Entwicklung des Landes, das einen Teil der Weltgesamtheit darstellt, eine in sich selbst abgeschlossene Proportionalität aller Wirtschaftszweige in nationalem Rahmen zu verwirklichen, bedeutet, einer reaktionären Utopie nachzujagen.“

Trotzki schrieb *Die permanente Revolution* während einer Periode, die erneut deutlich zeigte, dass die Produktivkräfte schon lange die Fesseln des Nationalstaats durchbrochen hatten: die 1929 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise und der Aufstieg des Faschismus, die einen neuen Weltkrieg ankündigten. Die Krise, die die Märkte weltweit schrumpfen ließ, warf mit doppelter Macht die Fragen wieder auf, die der deutsche Imperialismus, der über die dynamischsten Produktivkräfte unter den europäischen Großmächten verfügte, mit dem Ersten Weltkrieg zu lösen versucht hatte. Doch statt der „Organisierung Europas“ unter dem Stiefel des deutschen Kaiserreichs kam der Versailler Raubfrieden von 1919, der die deutschen Produktivkräfte noch mehr einengte als vor dem Krieg. Gleichzeitig trieb die Wirtschaftskrise die sozialen Widersprüche im Land auf die Spitze, das Kleinbür-

gertum drohte zu verelenden und immer größere Teile der Arbeiterklasse drohten durch die grassierende Massenarbeitslosigkeit ins Lumpenproletariat abzustürzen. Entweder würde das Proletariat einen revolutionären Ausweg aus der Krise weisen, oder aber die Bourgeoisie würde mit Hilfe der Faschisten alle Arbeiterorganisationen zerschlagen und erneuten Krieg führen, um die Welt neu aufzuteilen.

In *Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats* (27. Januar 1932) skizzierte Trotzki ein Programm, das auf Arbeiterkontrolle in Deutschland verbunden mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der Sowjetunion beruhte, um Europa und die Menschheit vor der drohenden Katastrophe zu bewahren:

„Wir unsererseits schlagen vor, mit dem Bereich der sowjetisch-deutschen Beziehungen zu beginnen, d.h. mit der Ausarbeitung eines breiten Plans der Zusammenarbeit zwischen der sowjetischen und der deutschen Wirtschaft im Zusammenhang und als Ergänzung zum zweiten Fünfjahresplan. Dutzende und Hunderte von großen Betrieben könnten voll in Gang gesetzt werden. Die Arbeitslosigkeit Deutschlands könnte gänzlich beseitigt werden – dazu wären kaum mehr als zwei, drei Jahre nötig – auf Grund eines Wirtschaftsplans, der wenigstens diese beiden Länder allseitig umfassen würde.“

Ein konkreter Wirtschaftsplan vorgebracht von KPD und der Sowjetunion, diskutiert in den Arbeiterorganisationen und unter Arbeitslosen, hätte – verbunden mit dem Kampf um Arbeiterkontrolle über die Produktion – zu einem mächtigen Hebel zur revolutionären Mobilisierung der parteilosen, sozialdemokratischen und anderen Arbeitermassen gemacht werden können. Dies hätte auch die noch nicht kommunistischen Arbeiter konkret darauf gestoßen, dass sie die Macht den Händen

der Bourgeoisie entreißen und in die eigenen Hände nehmen müssen. Aber natürlich stand diese revolutionär-internationalistische Antwort auf die Weltwirtschaftskrise im scharfen Widerspruch zur nationalistischen Autarkie der „Sozialismus-in-einem-Land“-Stalinisten, die diesen Vorschlag von sich wiesen.

Die KPD- und Komintern-Führung kapitulierten vor dem aufsteigenden Faschismus. Statt wie es die trotzkistische Linke Opposition forderte, die SPD-Arbeiter in Einheitsfrontaktionen gegen die Faschisten zu mobilisieren, die der Todfeind aller Arbeiterorganisationen waren, egal ob sozialdemokratisch oder kommunistisch, erklärte die KPD von Thälmann und Stalin die SPD zu „Sozialfaschisten“ und verkündete „Nach Hitler kommen wir“. Ohne organisierten Widerstand der Arbeiterklasse, die von den Führungen der SPD und schlimmer noch der KPD verraten wurde, konnten die Faschisten die Macht ergreifen. Nach Hitler kam erst die Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen: KPD, Gewerkschaften, SPD. Nachdem der innere Feind der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse, niedergerungen war, folgte der Zweite Weltkrieg mit dem „Unternehmen Barbarossa“ zur Zerschlagung der Sowjetunion und dem Holocaust, der industriellen Ermordung von 6 Millionen Juden.

Die Gründung der DDR

Dass die DDR überhaupt existierte, war dem heldenhaften Sieg der Roten Armee über das Dritte Reich zu verdanken – einem Sieg, der die Sowjetunion 27 Millionen Menschenleben kostete. Der ostdeutsche deformierte Ar-

beiterstaat war jedoch, wie jüngere Studien bestätigen, Stalins „ungeliebtes Kind“. Dies war ein Aspekt des Verrats von revolutionären Möglichkeiten in ganz Europa und Teilen von Asien am Ende des Zweiten Weltkriegs, die Stalin im Interesse seiner Abkommen mit seinen imperialistischen Bündnispartnern USA und Britannien im Krieg getroffen hatte. In Italien ließ die stalinistische KP die Partisanen entwaffnen und trat in eine kapitalistische Volksfrontregierung ein. Sie verhinderte damit eine Arbeiterrevolution und unterwarf die Arbeiter dem US-Oberkommando. Was Griechenland anging, so ließ Stalin dem britischen Premier Churchill freie Hand, um die KP-kontrollierten Partisanen, die die Nazis vertrieben hatten, zu bekämpfen.

Anstelle gemeinsamer sowjetisch-ostdeutscher Planung, um beide kriegsgebeutelten Länder wiederaufzubauen, bediente man sich Ostdeutschlands anfangs nur, um Kriegsreparationen zu bekommen. Die sozialistischen Bestrebungen des ostdeutschen Proletariats nach dem Krieg wurden zerschmettert. Seine Initiativen, Fabriken und Städte zu übernehmen und sie durch embryonale Arbeiterräte – die Antifa-Komitees – zu verwalten, wurden unterdrückt. Obwohl Westdeutschland eine fast dreimal so große Bevölkerung hatte (50 Millionen gegenüber 18 Millionen in der DDR), leistete Ostdeutschland 97 bis 98 Prozent aller Reparationen. Zum beiderseitigen Schaden wurden ganze Betriebe demontiert und nach Osten transportiert, über weite Strecken wurden die zweiten Eisenbahngleise abgebaut. In *Die Revolution entlässt ihre Kinder* (1955) berichtet Wolfgang Leonard (Mitglied der „Gruppe Ulbricht“, die 1945 aus Moskau eingeflogen wurde und den Kern der ostdeutschen SED-Führung stellte; er brach 1949 mit der SED), wie Marschall Schukow zusagte, eine bestimmte Demontage zu verhindern: „Ich zweifelte gar nicht an seinem ehrlichen Willen, kannte allerdings die sowjetische Struktur schon gut genug, um zu wissen, dass es auch Dienststellen gab, die nicht dem Befehlsbereich Marschall Schukows, sondern den entsprechenden Wirtschaftsbehörden in Moskau unmittelbar unterstellt waren, und ich wusste auch von dem Gegensatz der sowjetischen Dienststellen untereinander.“

Darüber hinaus wurden etwa 17 Millionen Deutsche aus Osteuropa und 3 Millionen Polen aus der Ukraine vertrieben. Solche Maßnahmen verspielten viel von dem gewaltigen politischen Kapital, das die Rote Armee durch die Zerschlagung des Naziregimes errungen hatte.

Die Maßnahmen 1947–49, durch die ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat in Ostdeutschland geschaffen wurde, waren defensive Reaktionen auf den Kalten Krieg, den Marshall-Plan und die westdeutsche Währungsreform. Doch mit jedem Schritt, den Westdeutschland in Richtung Wiederbewaffnung und NATO-Integration ging, schrien Stalin und Konsorten lauter nach einem „vereinten, neutralen“ kapitalistischen Deutschland. Obwohl die DDR 1949 gegründet worden war, wurde sie erst 1954 von der UdSSR als souveräner Staat anerkannt. Auch bei den anderen Staaten Osteuropas, ursprünglich von Stalin als „neutrale“ Pufferstaaten gegen den westeuropäischen Imperialismus vorgesehen, sah sich die Sowjetbürokratie aufgrund des Kalten Krieges gezwungen, in der Periode 1947–48 deformierte Arbeiterstaaten zu errichten. Der Ostteil Österreichs war die Ausnahme. Dort zog die Rote Armee ab und ein kapitalistischer Staat wurde dort wieder aufgebaut. Aber statt ge-

meinsamer Planwirtschaft mit einer Arbeitsteilung unter Berücksichtigung und Ausnutzung der historischen, natürlichen und kulturellen Eigenheiten jedes Landes versuchte die stalinistische Bürokratie eines jeden deformierten Arbeiterstaates eine autarke Wirtschaft zu errichten und auch bei sich die Wirtschaft im nationalen Rahmen aufzubauen.

Nichts verdeutlichte den widersprüchlichen Charakter des Stalinismus mehr als die Errichtung eines deformierten Arbeiterstaates beim Aufbau des „Sozialismus in einem Land“, hier sogar nur in einem Drittel eines Landes, an der Frontlinie des Kalten Krieges und gegen die mächtigste Wirt-



Proletarische politische Revolution in der DDR, Juni 1953: Hennigsdorfer Arbeiter marschieren durch Westberliner Arbeiterbezirk Wedding

schaft Europas. Trotz solcher Hindernisse und trotz der Massenabwanderung von Facharbeitern in den Westen (bis 1961) war die DDR fähig, ausgehend von ihrem kümmerlich ausgestatteten Teil der kriegsgeschädigten deutschen Wirtschaft, jedem Bürger Arbeit und soziale Sicherheit, kostenlose Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung sowie großzügig subventionierte Nahrungsmittel, Kleidung und Wohnungen zu bieten. Das war ein gewaltiges Zeugnis von der Kraft einer geplanten Wirtschaft.

Ostdeutscher Arbeiteraufstand 1953

Die Gebiete Deutschlands, die zur DDR wurden, waren geprägt von verarbeitender Industrie des Maschinen- und Fahrzeugbaus, Feinmechanik und Optik sowie chemischer Industrie. Da es bis auf Kalisalz kaum nennenswerte Rohstoffvorkommen gab, war dieses Gebiet historisch auf Importe von Stahl, Kohle usw. angewiesen, die es aus dem Ruhrgebiet und den schlesischen Kohlegruben bezog. Die Ulbrichtsche SED-Bürokratie begann ein ehrgeiziges Programm zum Umbau der Industriestruktur mit Schwerpunkt auf Metallurgie, Brennstoff- und Energiewirtschaft sowie Maschinenbau. Gleichzeitig unternahm der Rest Osteuropas ambitionierte Industrialisierungsprogramme. Investitionen wurden auf die Schwerindustrie konzentriert, auf Kosten der Konsumgüter. In Rakosis Ungarn zum Beispiel gingen 90 Prozent aller Investitionen in die Schwerindustrie. Ein totalitärer Polizeistaatsapparat sorgte für eine strenge Arbeitsdisziplin, während der Lebensstandard sowohl der Arbeiter als auch der Bauern nach unten getrieben wurde. Wie François Fejtö in seiner *Die Geschichte der Volksdemokratien* (Verlag Styra, 1972) beschreibt, wurde überall laut und oft verkündet, dass man bald den Westen ein- und überhole. Aber selbst bei

Investitionsraten von bis zu 25 Prozent des Nationaleinkommens hinkten die Investitionen pro Kopf der Bevölkerung immer noch hinter den führenden westlichen Industrienationen zurück, so dass von einem Einholen, ganz zu schweigen von einem Überholen, nicht die Rede sein konnte.

Anfang 1953 war Ostdeutschland mit einer heftigen Wirtschaftskrise konfrontiert und bat um sowjetische Hilfe, die aber verweigert wurde. Als Konsequenz führte Ulbricht eine Reihe harscher Maßnahmen ein: Die Mittelklassen mussten höhere Steuern zahlen und verloren ihre Rationskarten, während das Proletariat die Produktion bei gleicher Bezahlung um zehn Prozent steigern sollte. Nach Stalins Tod setzten dessen Nachfolger in Moskau unter Beria die Politik fort, für ein „neutrales“ Deutschland zu betteln. Sie hoben die meisten von Ulbrichts Maßnahmen, die in ihren Augen ihre Hochzeitsträume mit Bonn störten, wieder auf. Stattdessen verlangten sie einen „Neuen Kurs“ für die DDR. Von Ulbrichts ursprünglichen Maßnahmen blieb nur die zehnprozentige Arbeitsnormerhöhung für das Proletariat in Kraft, die den Juni-Aufstand heraufbeschwor. Der 17. Juni war der Versuch einer proletarisch-politischen Revolution, die die kollektivierten Eigentumsverhältnisse bewahren wollte, aber die korrupte und unterdrückerische stalinistische Bürokratie durch demokratisch gewählte Arbeiterräte ersetzen wollte. So riefen die Hennigsdorfer Stahlarbeiter bei ihrem Marsch durch Westberlin zur Bildung einer Metallarbeiter-Regierung auf, basierend auf Fabrikräten. Wie wenig die Arbeiter von der kapitalistischen Adenauer-Regierung im Westen hielten, machte ein Transparent an der Bahnstrecke zum Westen deutlich: „Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!“

Der Aufstand unterstrich den widersprüchlichen Charakter der stalinistischen Bürokratie als einer zerbrechlichen Kaste im Gegensatz zu einer herrschenden sozialen Klasse. So stellte sich ein Großteil der SED-Kader auf die Seite der aufständischen Arbeiter, bevor die Rote Armee den Aufstand mit einer Demonstration ihrer überwältigenden militärischen Macht stoppte. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit einer leninistisch-trozkistischen Arbeiterpartei deutlich, wie 1953 die damals trozkistische revolutionäre Socialist Workers Party in den USA erklärte:

„Um die großen revolutionären Gelegenheiten zu verwirklichen, die sich durch diese Ereignisse geboten haben, wird die Organisation einer revolutionären Partei des deutschen Proletariats unabdingbar. Bei der Darlegung der Bedingungen für eine erfolgreiche politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie sagte Trotzki 1924: ‚Vor allem müssen wir als unveränderliches Axiom festlegen – diese Aufgabe kann nur durch eine revolutionäre Partei gelöst werden.‘ Heute ist das wahr denn je.“ („The East German Uprising“, von den Herausgebern der *Fourth International*)

Die Auswirkungen der ersten proletarischen politischen Revolution im Sowjetblock gingen viel weiter, als nur die neuen Arbeitsnormen wegzufegen. Jeffrey Kopstein, Professor für Politikwissenschaft, schreibt: „Vom Standpunkt der Wirtschaftsreform erholte sich die DDR nie von den Juni-Streiks“ (*The Politics of Economic Decline in East Germany, 1945-1989* [Die Politik des wirtschaftlichen Niedergangs in Ostdeutschland, 1945–89], Chapel Hill, North Carolina 1997). Insbesondere angesichts der massenhaften Abwanderung von Arbeitern in den kapitalistischen Westen wurde die Hebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse zu einem Hauptanliegen der stalinistischen Bürokratie. Als dann 1956 in Polen kämpferische Streiks ausbrachen und Ungarn vom Donnergrollen der bevorstehenden politischen Revolution erschüttert wurde, führte Ulbricht daher in der DDR eine Rentenerhöhung, die 45-Stunden-Arbeitswoche und ein Bonussystem ein.

Auf die UdSSR hatte der Juni-Aufstand ebenso starke Auswirkungen – sie war genötigt anzuerkennen, dass die DDR mehr war als eine Quelle für Reparationen und eine Verhandlungsmasse gegenüber dem Westen. Die Sowjetunion gewährte, wie schon erwähnt, 1954 Ostdeutschland die Souveränität und löste die Sowjetische Kontrollkommission in Berlin auf. Die Reparationen wurden beendet. Stattdessen floss sowjetische Wirtschaftshilfe in den Frontstaat des Warschauer Pakts. Was Trotzki 1936 in seinem Werk *Verratene Revolution* über die Stalin-Bürokratie schrieb, sollte gleichermaßen auf deren Nachfolger in Moskau und Ostberlin zutreffen: „Sie verteidigt das Staatseigentum nur deshalb auch weiterhin, da sie das Proletariat fürchtet.“

Die Aufteilung der Erträge auf gegenwärtigen Verbrauch einerseits und Investitionen (d. h. Erweiterung der Produktionsmittel) andererseits wird selbst in einem gesunden sowjetischen Arbeiterstaat eine der konfliktträchtigsten Entscheidungen sein. Im Allgemeinen wird die Avantgardepartei eine höhere Investitionsrate anstreben als die Masse der Arbeiter. Denn hohes Wirtschaftswachstum ist notwendig nicht nur für den zukünftigen Verbrauch der Arbeiter, sondern wegen der national wie international führenden Rolle eines revolutionären Arbeiterstaates im Kampf für den Sozialismus. Gerade in Ländern mit einer großen Bauernschaft wie damals in der Sowjetunion oder China heute ist eine hohe Wachstumsrate erforderlich, um die bäuerliche Bevölkerung in die Industriearbeiterschaft aufzunehmen und dem Land die industriell-militärische Kraft für eine durchsetzungsfähige Außenpolitik gegenüber den imperialistischen Mächten zu verleihen. Eine angemessen hohe Investitionsrate sollte jedoch nicht durch bürokratische Willkür auferlegt werden, sondern durch demokratischen politischen Kampf festgelegt werden. Dem zentralen Sowjet sollten alternative Langzeitpläne vorgelegt werden, in denen verschiedene, unterschiedlich auf Verbrauchsgüter und Produktionsmittel aufgeteilte Investitionsraten zu verschieden wachsendem Ertrag und Konsum führen. Der Grundplan sollte durch Debatte und demokratische Entscheidung festgelegt werden.

Trotz beträchtlichen Industriewachstums lagen während der ganzen restlichen 50er-Jahre die Lohnsteigerungen deutlich über dem Produktivitätszuwachs. Die Verteilungsfrage wurde jedoch kaum gelöst, indem nominell mehr Geld knappen Gütern von schlechter Qualität nachgeworfen wurde. Darüber hinaus wurde die ostdeutsche Industrie durch die Abwanderung von Facharbeitern und Technikern nach Westdeutschland gelähmt. Bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 waren etwa 2,5 Millionen Ostdeutsche nach Westdeutschland gegangen. Der Mauerbau war eine bürokratische Maßnahme, um die Wirtschaft des belagerten Arbeiterstaates vor dem Zusammenbruch zu bewahren, und daher verteidigten wir die Mauer im Rahmen unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten gegen die Imperialisten.

1958 kündigte Ulbricht einen Siebenjahresplan an, um Westdeutschland bei der Konsumgüterproduktion zu überholen. Die Errichtung der Berliner Mauer im August 1961 stoppte das Ausbluten der DDR an Facharbeitern, konnte aber die Arbeitsproduktivität nicht erhöhen. Trotz deutlicher Verbesserungen der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse konnte die DDR mit dem mächtigeren, vom US-Imperialismus unterstützten Westdeutschland wirtschaftlich nicht gleichziehen. Sogar nach Ulbricht war die Arbeitsproduktivität 1969 in der DDR 20 Prozent niedriger als im Westen.

Wird fortgesetzt. Im nächsten Teil wird die Zeit von Ulbrichts Einführung des „Neuen Ökonomischen Systems“ bis zum Zusammenbruch der stalinistischen Bürokratie Ende der 1980er-Jahre sowie den Kampf der Spartakisten für ein rotes Rätendeutschland und gegen die Konterrevolution behandeln. ■

Iran...

Fortsetzung von Seite 24

Gründer der Islamischen Republik, ist kein geringerer Schlächter als seine Widersacher im gegenwärtigen Regime. Als Mussawi von 1981 bis 1989 als Premierminister regierte, wurden viele Tausende von Linken, Kurden und Frauenrechtlerinnen in Irans Gefängnissen abgeschlachtet und in Massengräbern verscharrt. Weitere Hunderttausende kamen bei dem blutigen Krieg mit dem Irak in den 1980er-Jahren zu Tode. Im Jahre 1999 wurden von der „Reform“regierung des damaligen Präsidenten Mohammad Chatami, eines gegenwärtigen Verbündeten Mussawis, militante Studentenproteste im Blut ertränkt.

Die auf den Straßen iranischer Städte demonstrierenden Kräfte sind zwar heterogen, aber in einem Streit, der im Grunde zwischen rivalisierenden Fraktionen innerhalb der herrschenden klerikalen Elite ausgetragen wird, sind sie der einen Seite politisch untergeordnet. Ein Hauptverbündeter Mussawis ist der notorisch korrupte ehemalige Präsident Ali Akbar Haschemi Rafsandschani; bekannt als „Pistazienkönig“ ist er vielleicht der reichste Mann des Iran. Mussawi und Rafsandschani haben sich dafür ausgesprochen, die Wirtschaft durch Privatisierungen und ausländische Investitionen weiter zu „öffnen“. Sie haben auch versucht, die von Ahmadinedschad ausgehende „antiimperialistische“ Demagogie abzumildern. Im Ausland werden die Proteste von einem Spektrum iranischer politischer Kräfte bejubelt, das von Monarchisten über bürgerliche Demokraten bis zu Überbleibseln der Linken reicht. Die Arbeiter und Unterdrückten des Iran haben *kein Interesse* daran, *eine der beiden* Cliques zu unterstützen, die sich darüber in den Haaren liegen, wie die blutige Herrschaft der Mullahs am besten auszuüben sei.

Die US- und die britischen Imperialisten haben versucht, sich in die politischen Wirren einzuschalten und ihre Radio-präsenz im Iran verstärkt. Obama erklärte, er sei „entsetzt und empört“ über die brutalen Übergriffe im Iran. Indessen suchen an Irans westlicher und östlicher Grenze immer noch fast 200.000 US-Soldaten den Irak und Afghanistan heim, und innerhalb des Iran führen US-Spezialeinheiten Geheimoperationen durch. Nach 30 Jahren Gewaltherrschaft der Mullahs gibt es im Iran zweifellos viele, die Illusionen in die westliche bürgerliche Demokratie hegen oder die „demokratischen“ Imperialisten als potenzielle Verbündete ansehen. Derartige Illusionen sind womöglich noch begünstigt worden durch den anfänglich versöhnlicheren Ton (im Vergleich zur kriegslüsternden Bush-Gang), den Obama nach seinem Amtsantritt gegenüber Teheran anschlug.

Egal ob unter der Führung der Demokraten oder der Republikaner: Der US-Imperialismus ist der tödlichste Feind der arbeitenden Menschen auf der ganzen Welt. Es war die CIA, die in Zusammenarbeit mit den Briten den Putsch von 1953 ins Werk setzte und damit den damaligen Premierminister Mossadegh stürzte, um dessen Verstaatlichung der Anglo-Iranian Oil Company rückgängig zu machen. Die Imperialisten brachten dann den Schah wieder an die Macht und unterstützten die tyrannische, blutige Pahlavi-Dynastie bis zu ihrem Sturz 1979. Nieder mit der imperialistischen Besetzung von Afghanistan und Irak! USA, Bundeswehr, NATO raus aus Pakistan und Zentralasien! Imperialisten: Hände



Getty

Teheran, 18. Juni: Massenprotest gegen Wahlergebnisse

weg vom Iran!

Die US-Imperialisten und ihre atomar bewaffneten israelischen Verbündeten haben wiederholt Militäraktionen gegen das Atomprogramm des Iran angedroht. Angesichts solcher Drohungen sagen wir, dass der Iran zur Abschreckung gegen einen solchen Angriff Atomwaffen braucht. Gerade, dass dem Nachbarn Irak „Massvernichtungswaffen“ einschließlich Atomwaffen fehlten, ermutigte die USA dazu, dort einzumarschieren und das Land zu besetzen, was zu dem entsetzlichen Gemetzel und der Besetzung der letzten sechs Jahre führte. Wir rufen zur militärischen Verteidigung neokolonialer Länder wie Irak und Iran gegen imperialistische Angriffe auf, geben aber ihren Herrschern, die über ihren „eigenen“ unterdrückten Massen die Peitsche schwingen, kein Jota an politischer Unterstützung. Wir sagen: Nieder mit allen Scheichs, Obristen, Mullahs und zionistischen Schlächtern! Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Reformistische Linke beugte sich den Mullahs

Alle Seiten in dem Aufruhr, der heute das Land erschüttert, nehmen den Sturz von Irans verhasstem Autokraten Schah Mohammed Reza Pahlavi im Jahr 1979 zum Vorbild



Kaveh Golestan

1979: Anti-Schah-Demonstranten halten großes Chomeini-Bild hoch. Wir riefen zu Arbeiterrevolution im Iran auf, gegen den bluttriefenden Schah als auch gegen die islamische Reaktion

für ihr politisches Handeln. Machtvolle Arbeiterstreiks auf den Ölfeldern und im ganzen Land waren damals Teil des heftigen Widerstands gegen die Monarchie; der Iran hätte Vorreiter einer proletarischen Revolution im Nahen Osten sein können. Doch die Massenmobilisierungen wurden in einen reaktionären Kreuzzug für eine „Islamische Republik“ umgelenkt, wobei buchstäblich die gesamte Linke im Iran und international der von Mullahs dominierten Opposition unter der Führung von Ajatollah Chomeini zujubelte. Als einzige linke Organisation riefen wir das Proletariat auf, unabhängig von der islamischen Hierarchie und gegen sie zu

stützung für die Mullahs!“ und unsere Betonung der Frauenfrage („Nein zum Schleier!“) standen in scharfem Gegensatz zur Kapitulation der übrigen Linken vor der von den Mullahs geführten Reaktion.“

Die meisten der reformistischen Linken wiederholen heute die Verratspolitik von vor 30 Jahren, indem sie sich dem einen oder anderen Flügel des herrschenden Klerus im Iran anschließen. Die Überbleibsel von Tudeh, der moskautreuen Kommunistischen Partei, die Chomeini unterstützt hatte und dann von ihm zerschlagen worden war, riefen zur Stimmabgabe für „reformorientierte Kandidaten“

Workers' Action

Februar 1979

junge Welt

20. Juni 2009

The form – religion The spirit – revolution

PROPAGANDISTS FOR THE Shah would have to believe the revolution is Iran's fundamental religion, and a backstab against modernization. As a result, the Shah and the others may dream of a return to the past, even if they do not believe in it.

are capitalism. There is the going back. Chomeini has made revolutionary war. He is an absolute anti-modernist. But for the time being Chomeini is a concrete force for a result which began to be necessary in the 19th century. He is a

SAYAK. But to believe the most Iran are fighting and doing it hand-to-hand, and thousands of let one revolutionary leader die and the people is doing only force in Iran capable of one the problems facing the us – urban poverty, the

kampf bürgerlicher, zivilgesellschaftlich vernetzter Individuen wahrgenommen wird. Was sich im Iran abzeichnet, ist die konterrevolutionäre Revanche an der Islamischen Revolution als Emanzipationsprozess der Volksklassen. Auch wenn



Amnesty International

Iranerin wird zur Hinrichtung durch Steinigen vorbereitet, 2004. Pseudolinke bejubelten und bejubeln weiterhin das islamische Regime, das solche barbarischen Praktiken anwendet, als „revolutionär“. Workers' Action, kanadische Zeitung der International Socialist Tendency (in Deutschland marx21)

kämpfen, um den Pfauenthron hinwegzufegen und eine Arbeiter- und Bauernregierung zu errichten.

Die Errichtung einer schiitischen Theokratie nach dem Sturz des Schahs führte zu brutaler Unterdrückung von Kurden und anderen Minderheiten, zu Hinrichtungen von Streikenden, Homosexuellen, Ehebrechern und anderen, die wegen „Verbrechen gegen Gott“ angeklagt wurden, zur Steinigung von unverschleierten Frauen, zum Niedermetzeln von Linken und zur Unterdrückung aller oppositionellen Parteien und Zeitungen. In unserer internationalen Grundsatzerklärung (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) schrieben wir:

„Die ‚Iranische Revolution‘ von 1979 eröffnete eine Periode des Aufstiegs des politischen Islam im historisch muslimischen Teil der Welt, eine Entwicklung, die zur konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion beitrug und durch diese wiederum kräftig verstärkt wurde. Chomeinis Machtergreifung und Konsolidierung im Iran war eine ähnliche Niederlage wie Hitlers Zerschlagung des deutschen Proletariats 1933, wenn auch im engeren, regionalen Maßstab. Die Losung der internationalen Spartacist Tendenz ‚Nieder mit dem Schah! Keine Unter-

einschließlich Mussawis auf, dessen Hände mit dem Blut ihrer eigenen Genossen befleckt sind (*Tudeh News*, Juni 2009). Indessen appellierten die Pseudotrotzkisten der Iranischen Revolutionär-Marxistischen Tendenz (IRMT), die der von Alan Woods geführten Internationalen Marxistischen Tendenz (IMT) angeschlossen ist, in einem offenen Brief vom 16. Juni dümmlich an Mussawi: „Entweder stehen Sie auf der Seite des Volkes, das Sie gewählt hat, oder Sie stehen auf der Seite des Vali Faghih [Oberster Führer] (und des Unterdrückungsapparates des Staates). Dem Volk zu Diensten zu sein würde bedeuten, dass Sie Ihre Verbindungen zum Staatsapparat vollständig lösen.“ Die IRMT beschreibt sich selbst als Nachfahre der Iranischen Sozialistischen Arbeiterpartei (HKS), die ebenfalls Chomeinis Aufstieg zur Macht unterstützt hatte.

Die reformistische Linke in Deutschland ist über die Proteste im Iran gespalten: Die einen gesellen sich auf die Seite des westlichen Imperialismus und fordern wie dieser „Solidarität mit der Oppositionsbewegung“, während andere Ahmadinedschads blutiges Regime groteskerweise als „anti-imperialistisch“ beschönigen. Für erstere steht exemplarisch ein Aufruf der „Autonomen Antifa“ zu einem „Bundesweiten Antifa-Aktionstag Iran“ am 12. August ([www.autonome-](http://www.autonome-antifa.com)

[antifa.com](http://www.autonome-antifa.com)). Der Aufruf verwendet viele Floskeln über eine „emanzipatorische Bewegung“ und eine „linksradikale Perspektive“. Aber was sie anstreben, ist eine breite sozialchauvinistische Mobilisierung gegen den Iran, die sogar die rassistischen, offen pro-imperialistischen „Antideutschen“ einschließen soll, um die Entwaffnung des Iran angesichts imperialistischer Bedrohung zu fordern: „Um die iranische Opposition zu unterstützen, muss mensch keineswegs ‚AntideutscheR‘ sein oder sich auf eine Version linker Gesellschaftskritik festlegen. Denn schon aus einer antimilitaristischen Sicht drängt sich diese Unterstützung auf. Mit jeder Schwächung des Regimes, das den Iran zur Nuklearmacht machen will, wird eine militärische Konfrontation im Nahen Osten unwahrscheinlicher.“ Ungeachtet einer Menge hohler moralischer Anklagen gegen deutsche Konzerne wie Siemens und Mercedes gründen sich der Aufruf und der „Aktionstag“ auf Appelle an den deutschen Imperialismus, härter gegen Iran vorzugehen: „Kreativer Protest gegen regimerefreundliche Exporte der Bundesrepublik“ soll die Kosten des Handels mit dem Iran hochtreiben, „das Image beschädigen“ und als „eine unmißverständliche Absage an den ‚pragmatischen Kurs‘ der Großen Koalition aus SPD und CDU“ dienen.

Auf der anderen Seite dieser Polarisation stellen sich die abgehalfterten Stalinisten um die Linkspartei-nahe Tageszeitung *junge Welt* (*jW*) mit dem Pro-Ahmadinedschad-Flügel des Klerus gegen die Proteste. Am 26. Juni druckte *junge Welt* ein „Exposé“, um die Wahlen der Islamischen Republik „demokratisch“ schönzufärben, und sie rechtfertigen mehr oder weniger unverhüllt den Terror der Basidsch-Miliz und der Revolutionsgarde. So schreibt der langjährige *jW*-Autor Werner Pirker in seiner Kolumne vom 20. Juni: „Was sich im Iran abzeichnet, ist die konterrevolutionäre Revanche an der Islamischen Revolution als Emanzipationsprozeß der Volksklassen.“ Hunderttausende Ermordete nationaler Minderheiten, Linke und Gewerkschafter, brutal verschärfte Frauenunterdrückung – das ist laut *junge Welt* ein „Emanzipationsprozeß“! Hinter dieser widerwärtigen Linie steckt die „alternative Strategie“ von *junge Welt* und Co. für den deutschen Imperialismus: Gemeinsam mit Lafontaine und einem Teil der deutschen Bourgeoisie möchten sie, dass Deutschland einen kapitalistischen Gegenpol zur Dominanz des US-Imperialismus bildet, vor allem durch engere Verbindungen mit dem kapitalistischen Russland und seinen Satelliten. Mit der „Autonomen Antifa“ und anderen Unterstützern der „Reform“-Mullahs, die die Opposition führen, haben *junge Welt* und Co. gemeinsam, dass sie die Arbeiterklasse ablehnen und stattdessen einem „fortschrittlichen“ Flügel der nationalen Bourgeoisie und deren imperialistischer Oberherren nachlaufen.

Entscheidend für die Zukunft des Iran ist das Proletariat, die einzige Klasse mit der sozialen Macht und dem objektiven Interesse, unter seiner Führung radikalisierte Jugendliche, Frauen und unterdrückte Nationalitäten hinter sich zu scharen zu einem Angriff auf das kapitalistische System selbst. Während zweifellos einzelne Arbeiter an den Protestdemonstrationen teilgenommen haben, gibt es bisher keine Anzeichen, dass irgendein Teil des mächtigen iranischen Proletariats interveniert hat, um seine **unabhängigen** Klasseninteressen gegen das islamische Regime zur Geltung zu bringen. Zwei Erklärungen von Arbeitergruppen im Iran wurden im Internet weit verbreitet. Eine, unterschrieben von „Laborers of Iran Khodro“ [Arbeiter von Iran Khodro] (dem größten Automobilunternehmen im Nahen Osten), rief zu einem dreißigminütigen Proteststreik in „Solidarität mit der Bewegung des iranischen Volkes“ auf. Und in einer Erklärung des Vahed-Syndikats, das Teherans Busarbeiter vertritt, drückte die Gewerkschaft ebenfalls ihre Unterstützung für „die Bewegung des iranischen Volkes zum Aufbau einer freien und unabhängigen Zivilgesellschaft“ aus.

Die grundlegende Frage, mit der das iranische Proletariat heute konfrontiert ist, ist der notwendige Aufbau einer marxistischen Arbeiterpartei, die für die Klassenunabhängigkeit des Proletariats – vom Klerus, von den Nationalisten und den proimperialistischen Elementen – und für proletarische Herrschaft kämpft. Ein entscheidender Unterschied zwischen der Situation heute und der von 1979 vor dem Sieg der „Islamischen Revolution“ ist, dass bedeutende Teile des Proletariats damals unter der Führung linker Parteien, vor allem von Tudeh, standen. Diese Generation linksgerichteter Arbeiterkader wurde genau von dem Regime ausgelöscht, dem die Führer von Tudeh und anderen linken Parteien zur Macht verholfen hatten.

Für permanente Revolution

In den Jahren 1978/79 unterstützte die Linke im Iran und international die von Chomeini geführten Kräfte der klerikalischen Reaktion mit der Begründung, diese würden eine „antiimperialistische“ Revolution anführen. Die International Socialist Organization hatte einen Artikel mit der Überschrift „Die Form – religiös, der Geist – Revolution“ (*Socialist Worker*, Januar 1979). Die Socialist Workers Party (SWP)

in den USA verkündete: „Sieg im Iran: Iranische Massen weisen Arbeitern rund um die Welt den Weg“ (*Militant*, 23. Februar 1979). Die britische Gruppe von Ernest Mandels (1923–1995) pseudotrotzkischem Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale (VS), in Deutschland damals Gruppe Internationale Marxisten, (GIM) hatte einen Führer namens Brian Grogan, der sich sogar brüstete, auf Demonstrationen in Teheran bei „Allah-Akbar“-Sprechchören mitgerufen zu haben. Die dem VS angeschlossene HKS ging so weit, 1979 bei den Wahlen für den Expertenrat der Mullahs zu kandidieren – bevor auch sie Opfer der Mullahs wurde.

Während wir umgehend die Verteidigung der HKS und anderer vom Mullah-Regime verfolgter Linker aufnahmen, spielten die amerikanische SWP und das VS, verblendet durch ihren grotesken Opportunismus, monatelang die Gefahr herunter, die ihren eigenen inhaftierten Genossen drohte. Wie wir in „Kriminelle Politik von GIM/VS: Ihr wolltet Chomeini – jetzt habt ihr ihn!“ (*Kommunistische Korrespondenz* [Vorläufer des *Spartakist*] Nr. 27, November 1979) schrieben: „VS, SWP, GIM, HKS – Ernest Mandel, Jack Barnes und Konsorten – ihr habt ein Verbrechen begangen, für das ihr vor dem Gericht der Geschichte verantwortlich gemacht werden werdet. Ihr müsst damit leben, weil eure eigenen Genossen deswegen vielleicht sterben müssen.“

Die sogenannte „Islamische Revolution“ von 1979 war eine negative Bestätigung für die Theorie und das Programm der permanenten Revolution des bolschewistischen Führers Leo Trotzki. In der Epoche des Imperialismus gilt für Länder mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung wie dem Iran: Alle Flügel der Bourgeoisie sind zu abhängig von ihren Bindungen an die Imperialisten und fürchten zu sehr die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse, als dass sie irgendeine fortschrittliche Rolle spielen könnten. Sie sind unfähig, die bürgerlich-demokratischen Aufgaben zu lösen, die mit den großen europäischen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts verbunden sind, wie Agrarrevolution, nationale Unabhängigkeit, demokratische Freiheiten und Frauenrechte.

Die Erfahrung der bolschewistischen Revolution von 1917 hat gezeigt, dass in Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung nur das Proletariat an der Spitze der bäuerlichen und städtischen plebejischen Massen die Gesellschaft befreien kann. Im Nahen Osten kann nur das Proletariat die Ketten des reaktionären Traditionalismus und imperialistischer Unterjochung zerbrechen. So erklärte Trotzki 1928, „dass die Bourgeoisie desto nichtswürdiger

SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 11, Winter 1983/84
€ 1,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

WINTER 1983/84

Von Mossadeghs Nationaler Front zu Chomeinis Reaktion

Iran und die permanente Revolution

DIE NEUZEIT ALS SPARTACIST ERHEBUNGSPROGRAMM ALS AN DER SPITZE DER UNTERDRÜCKTEN MASSEN... (Text continues in small print)





kein Bildnachweis

August 1979: Hinrichtung von Kurden durch iranisches Mullah-Regime, das nach seiner Machtübernahme Massaker an Linken, Gewerkschaftern und Minderheiten verübte. Mussawi (kleines Bild), von 1981 bis 1989 Premierminister, war zentrales Element von Chomeinis kaltblütiger Tötungsmaschinerie



AFF

und niederträchtiger wird, je weiter man nach Osten kommt, und sich dem Proletariat umso größere Aufgaben auf die Schultern legen“ (*Die Dritte Internationale nach Lenin*). Bei der Eroberung der Staatsmacht und der Errichtung der Diktatur des Proletariats werden die Arbeiter der zurückgebliebenen Länder gezwungen sein, sozialistische Maßnahmen zu ergreifen wie Enteignung der Produktionsmittel und Einrichtung einer geplanten Wirtschaft. Doch diese Revolutionen werden nur überleben und gedeihen, wenn sie auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder des Westens und Japan ausgeweitet werden.

Die Tudeh-Partei lehnte diese marxistische Perspektive ab, womit sie dem Beispiel der stalinisierten Kommunistischen Internationale (Komintern) folgte. Sie beharrte darauf, dass das Proletariat wegen der wirtschaftlichen und historischen Rückständigkeit des Iran die Macht nicht im eigenen Namen ergreifen könne. Stattdessen, so wandte sie ein, müsse es eine „Zwei-Etappen-Revolution“ geben, deren erste Etappe von der „progressiven“ oder „antiimperialistischen“ Bourgeoisie angeführt und auf die Lösung der Aufgaben eines demokratischen Kapitalismus beschränkt bleiben würde. Die sozialistische Revolution, behauptete sie, würde in ferner, nicht näher umrissener Zukunft kommen. Wie immer kam die zweite, proletarische Etappe der Revolution nie.

Tudeh und der Rest der iranischen Linken stellten dem islamischen Klerus ein „antiimperialistisches“ Zeugnis aus, machten so ihre proletarische Basis blind für die ernststen Gefahren, die ihr im Falle eines Sieges der Mullahs drohten, und gaben die Arbeiter brutaler Unterdrückung preis. Tatsächlich gingen in den Anfangsjahren des Mullah-Regimes Tudeh-Kader so weit, Schulter an Schulter mit den mörderischen Pasdaran und den faschistoiden Hezbollah-Schlägern zu kämpfen und andere iranische Linke umzubringen. Und während des Iran-Irak-Kriegs, der auf beiden Seiten reaktionär war, forderte die Tudeh-Partei ihre Mitglieder dazu auf, sich bei ihren Moscheen (!) zum Kriegsdienst un-

ter den Pasdaran zu melden.

Stalin und seine Kumpane konnten sich bei ihrer Propagierung des Konzeptes der „Zwei-Etappen-Revolution“ wenigstens darauf berufen, dass sie modernisierende bürgerliche Kräfte unterstützten. Zum Beispiel wurde während der Chinesischen Revolution von 1925–27 die Kommunistische Partei Chinas von Stalin und seinen Handlangern angewiesen, sich der bürgerlich-nationalistischen Guomindang unter Chiang Kai-shek unterzuordnen. Die Stalinisten behaupteten, dieser Schritt hin zur Vollendung der „ersten Etappe“ der chinesischen Revolution sei gerechtfertigt, weil Chiang die verfallende Mandschu-Dynastie bekämpfte und das Binden der Füße von Frauen anprangerte. Dennoch war diese stalinistische Politik ein Verrat und führte zum Abschlichten von Zehntausenden von Kommunisten und militanten Arbeitern, die im April 1927 von Chiang beim Massaker von Schanghai entwapnet wurden.

Welchen Modernisierungsanspruch könnte die rückwärtsgewandte Mullah-Kaste im Iran wohl gehabt haben? Der reaktionäre Charakter der islamischen Opposition war von Anfang an klar, vor allem durch ihre Position in der Frauenfrage. In „Down With the Shah! Down With the Mullahs!“ (Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs!, *Workers Vanguard* Nr. 219, 17. November 1978) warnen wir:

„Die Muslime rufen nach einer *islamischen* Republik. Sie unterstützen die Verfassung von 1906 und insbesondere deren 1907 angefügten Passus, der ein ausdrückliches Vetorecht des Klerus bei der gesamten Gesetzgebung vorsieht. Die Opposition der Mullahs gegenüber dem Schah ist reaktionär, ganz gleich wie sehr sie die Verbrechen der Schahdiktatur auszuschlachten versucht. Der fanatische Hass auf jeglichen gesellschaftlichen Fortschritt seit der Zeit des Propheten Mohammed (7. Jahrhundert n. Chr.!) hat seine Entsprechung bei den vom Militär abhängigen Regimen Pakistans und Libyens und in dem regionalen Aufschwung von religiösem Obskurantismus und seiner rabiatischen Frauenunterdrückung.“

Die Islamische Republik war die Hölle für Frauen. Nach seiner Machtübernahme führte Chomeini den Hijab für Frauen in der Öffentlichkeit wieder ein. Diejenigen, die die Vorschrift missachteten, mussten mit 74 Peitschenhieben oder einem Jahr Gefängnis büßen. Indessen wurden Zeugenaussagen eines Mannes als doppelt so wertvoll angesehen wie die einer Frau. Von den Gerichten wurden Auspeitschungen und Amputationen verhängt, und wegen Ehebruchs verurteilte Frauen konnten mit Steinigung bestraft werden. Kinderheirat wurde wiedereingeführt, während Gesetze Polygamie förderten und Frauen daran hinderten, ihren Ehemann wegen Misshandlung zu verlassen. Das Recht des Ehemanns auf einseitige Scheidung wurde wiedereingeführt.

Dennoch sind moderne Gewohnheiten in den Iran eingesickert. Obgleich die Kinderheirat wiedereingeführt wurde, stieg doch das Durchschnittsalter von Frauen bei ihrer ersten Eheschließung von 19 Jahren vor 1979 kontinuierlich auf 24 Jahre heute. Dem *New York Review of Books* (2. Juli) zufolge liegt der Alphabetisierungsgrad bei beiden Geschlechtern über 95 Prozent. Heute ist eine Mehrheit der Studierenden weiblich. Doch trotz dieser Entwicklungen machen Frauen nur 15 Prozent der gemeldeten Arbeitskräfte aus. Die iranische Volkszählung von 2006 enthüllte, dass nur 3,5 Millionen iranische Frauen festangestellte Arbeiterinnen sind, im Vergleich zu 23,5 Millionen Männern.

Während einer Protestwelle im Iran vor sechs Jahren legten wir unsere Perspektive für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution dar:

„In den Ländern des Ostens ist die Frage der Frauenunterdrückung eine der stärksten Triebkräfte für eine sozia-

listische Revolution. Als die Bolschewiki in den Jahren nach der Oktoberrevolution nach Zentralasien kamen, waren es tatsächlich die Frauen, unter denen sie den meisten Rückhalt für ihr Programm fanden und ihre wichtigsten Kader gewannen. Dasselbe gilt für den Iran. Eine leninistisch-trotzkistische Partei, die gegenüber dem jahrhundertalten Würgegriff von Religion und Familie für Frauenrechte eintritt, wird ihre treuesten und mutigsten Kämpfer unter den Frauen finden.“ („For Workers Revolution in Iran!“ [Für Arbeiterrevolution im Iran!], *WV* Nr. 807, 1. August 2003)

AKPI: Fürsprecher des „demokratischen“ Imperialismus

Die Arbeiterkommunistische Partei des Iran (AKPI) hat sowohl den Ahmadinedschad- als auch den Mussawi-Flügel des klerikalen Regimes verurteilt. Jedoch hat die AKPI in ihrem Widerstand gegen die Islamische Republik eine lange Geschichte von Appellen an die imperialistischen Mächte als potenzielle Verbündete – die größere Feinde der Unterdrückten der Welt sind als die Ajatollahs des verarmten neokolonialen Iran. So schrieb ein AKPI-Vertreter an den Londoner *Evening Standard* (17. Juni) zu den Protesten im Iran: „Jetzt ist es Zeit für Menschen im Westen, auf westliche Regierungen Druck auszuüben, um das Regime politisch zu isolieren, anstatt es zu rechtfertigen und zu legitimieren.“ Ein Internetbeitrag vom 22. Juni brüstet sich damit, dass AKPI-Führer Hamid Taqvaei „im Namen des Volkes des Iran an Staatsoberhäupter und den UN-Generalsekretär geschrieben und sie dazu aufgerufen habe, „sofort alle politischen Beziehungen zu der Islamischen Republik Iran abzubrechen, deren Botschaften und Konsulate zu schließen und ihren Ausschluss aus den Vereinten Nationen und anderen internationalen Institutionen sicherzustellen“.

Der reaktionäre Charakter der Appelle der AKPI an den „demokratischen“ Imperialismus hat sich tatsächlich im Irak gezeigt. Im Jahre 2003 *unterstützte* die damalige Schwesterorganisation der AKPI im Irak *die imperialistische Besetzung dieses Landes* und rief lediglich dazu auf, die US-/britischen Besatzer durch eine „Intervention der Vereinten Nationen“ zu ersetzen. Und dies, nachdem ein UN-Embargo gegen den Irak im Anschluss an den Golfkrieg von 1991 den Tod von mehr als anderthalb Millionen Menschen zur Folge gehabt hatte.

Gleichzeitig sticht die AKPI unter iranischen linken Gruppen hervor, weil sie an vorderster Stelle die Frage der Frauenrechte aufwirft und den Schleier ablehnt. Doch nach dem Einmarsch der Sowjetunion 1979 in Afghanistan gegen einen von der CIA unterstützten islamisch-fundamentalistischen Aufstand sah die AKPI die Rote Armee als ebenso reaktionär an wie die heiligen Krieger der Mudschaheddin. Sie schloss sich dem größten Teil der Linken an, der sich weigerte den sowjetischen Einmarsch zu unterstützen. Dies wurde von der AKPI mit der falschen Behauptung begründet, die Sowjetunion sei Mitte der 1920er-Jahre „staatskapitalistisch“ geworden.

Wir Trotzisten verteidigten den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat bedingungslos gegen innere Konterrevolution und imperialistische Angriffe, während wir gleichzeitig zu einer proletarisch-politischen Revolution zur Entmachtung der parasitären stalinistischen Bürokratie aufriefen. Wir sagten „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und riefen dazu auf, die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker auszuweiten. Wir warnten, dass die Kremlbürokratie zum Ausverkauf an die Imperialisten imstande sei, wiesen aber darauf hin, dass die Intervention der Roten Armee objektiv im Interesse der Sowjetunion lag und einen Schlag gegen die islamischen Fundamentalisten darstellte, die Frauen praktisch wieder

versklavten wollten. Der Rückzug des Kreml aus Afghanistan führte zum Sieg der Mudschaheddin mit den heutigen entsetzlichen Konsequenzen für afghanische Frauen und gab den Kräften der kapitalistischen Restauration, die in der Sowjetunion triumphierten, enormen Auftrieb.

Der Iran braucht eine Arbeiterrevolution!

Der heutige Iran ist ein Hexenkessel aus Widersprüchen und sich verschärfenden Spannungen, die jederzeit aufbrechen können. Eine neue Generation – 70 Prozent der Bevölkerung sind unter 30 Jahre alt – ist herangewachsen, die die „Islamische Revolution“ von 1979 oder den brutalen Krieg mit dem Irak in den 1980er-Jahren nicht erlebt hat. Diese zum Großteil gut ausgebildeten jungen Menschen, deren Horizont sich durch Zugang zum Internet und zu anderen Medien erweitert hat, werden erdrückt von den mittelalterlichen Einschränkungen, die das klerikale Regime verordnet hat. Der Iran bleibt ein Völkergefängnis, in dem Aseris, Kurden, Araber, Belutschen und andere vom persisch-chauvinistischen Regime Unterdrückte fast die Hälfte der Bevölkerung ausmachen.

Die gegenwärtigen Proteste finden inmitten eines ernsthaften Wirtschaftsabschwungs statt, der durch die Weltfinanzkrise verschärft wurde. Die Deviseneinkünfte des Iran, der überwiegend vom Öl abhängig ist, sanken, als der Ölpreis von einem Höchststand von 140 Dollar pro Barrel auf heute etwa 70 Dollar fiel. Gleichzeitig beträgt die Inflationsrate etwa 24 Prozent, und die offizielle Arbeitslosigkeit 17 Prozent. Mehr als 35 Prozent der Bevölkerung unter 30 Jahren sind heute Langzeitarbeitslose.

Der einzige Weg zu wirklicher sozialer und wirtschaftlicher Modernisierung, zur Befreiung des Iran aus imperialistischer Unterjochung, zur Emanzipation der Frauen aus der Versklavung, zur Erringung des Rechtes auf nationale Selbstbestimmung für die Kurden und die unzähligen anderen unterdrückten Nationalitäten liegt in der Zerschlagung kapitalistischer Klassenherrschaft im Iran. Die iranischen Massen brauchen dringend eine revolutionäre proletarische Partei, die imstande ist, den Kampf gegen das reaktionäre klerikale Regime zu führen. Um solch eine Partei zu schmieden, müssen linke Aktivisten im Iran die Wurzeln des Verrats jener Irreführer verstehen, die 1979 die Kräfte der islamischen Reaktion als eine „progressive“ Alternative zum Schah begrüßten und damit dazu beitrugen, eine historische Niederlage vorzubereiten.

Nach Workers Vanguard Nr. 939, 3. Juli 2009

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard,
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
*Black History and the
Class Struggle*

Luftpost € 25,-
Seepost € 10,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 10060
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

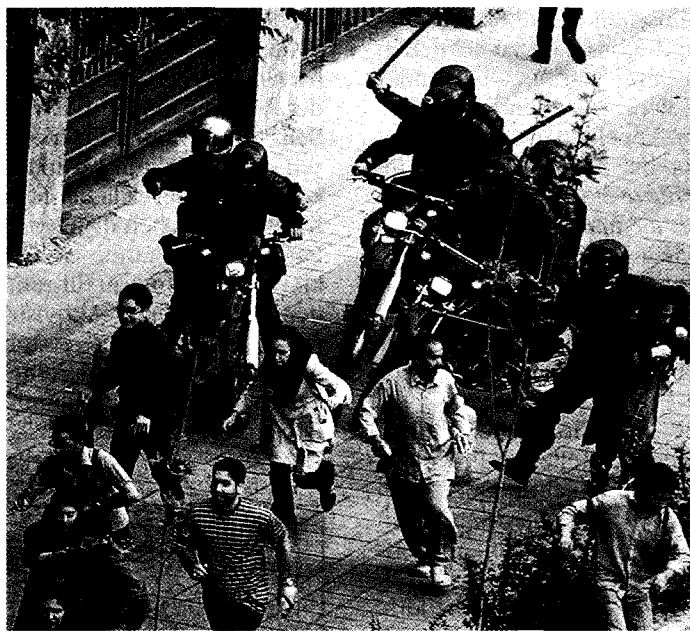


SPARTAKIST

Imperialisten: Hände weg vom Iran!

Iran: Nieder mit dem klerikalischen Regime! Keine Unterstützung für „Reform“-Mullahs!

Nur wenige Monate nach der Feier des 30. Jahrestages ihrer blutigen Gewaltherrschaft ist die Islamische Republik des Iran von den größten Protesten seit der „Iranischen Revolution“ von 1978/79 erschüttert worden. Die Massendemonstrationen wurden von der weit verbreiteten Überzeugung ausgelöst, der amtierende Präsident Mahmud Ahmadinedschad habe mit Unterstützung des Obersten Führers Ajatollah Ali Chamenei bei den Präsidentschaftswahlen vom 12. Juni den Oppositionskandidaten Mir Hussein Mussawi um den Sieg betrogen. Nach einer Woche, in der Hunderttausende in Teheran und anderen Städten unter Sprechchören wie „Tod dem Diktator“ und „Allah Akbar“ („Gott ist groß“) auf die Straße gegangen waren, schlug das Regime zurück. Viele Demonstranten wurden Berichten zufolge von den verhassten, mit der Eliteorganisation der Revolutionsgarden verbundenen, paramilitärischen Basidschi-Milizen und von der Polizei erschossen, während Hunderte in dem berühmten Evin-Gefängnis eingesperrt wurden. Die Internationale Kommunistische Liga, deren deutsche Sektion



Teheraner Universität, 14. Juni: Iranische Bereitschaftspolizei greift Mussawi-Unterstützer an

nipuliert oder nicht, die Wahlen selbst waren ein Betrug, gesteuert von den Mullahs, die alle Kandidaten im Voraus genehmigten.

Zum Teil beruht die Unterstützung für Mussawi auf seinem Eintreten für vage „Reformen“ bei Frauenrechten und anderen sozialen Belangen. Doch Mussawi, einer der

Fortgesetzt auf Seite 19

**Für eine leninistisch-trozkistische Partei im Iran
zum Kampf für Arbeiterrevolution!**